Informations-Dienst ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 362 15.Dezember'80

D 1870 C 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt

Non è Esodo

Die Erdbeben in Süd-italien

INHALTSVERZEICHNIS

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte):	30,-DM
Halbjahr (24 Hefte):	60,-DM
Jahresabo (48 Hefte):	120,-DM

Als Bestellung gilt die *Überweisung* auf das *Postscheckkonto 52 52 28 - 602, Postscheckamt Frankfurt / Main (Frankfurter Informationsdienst e. V.)*
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende *Stichworte* angeben: *Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem* leserlich *die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.*
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und das schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO - KEIN ID IM KASTEN !!!!

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e. V.
Hamburger Allee 45
6 000 Frankfurt 90
Tel.: 0611 / 70 43 52
ID - Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr

Verantwortlicher Redakteur:
Waldemar Schindowski



Heilbronner Stadtzeitung beschlagnahmt

Um gegen die Vereidigung von Rekruten im Stuttgarter Schloßhof zu mobilisieren, haben die Leute von der Heilbronner Stadtzeitung auf dem Titelblatt der Novemberausgabe eine Collage aus Zeitungsschlagzeilen verwandt. Unter anderem in der direkten Nähe von einem Bild von Helmut Schmidt ein Hakenkreuz. Dies dient dem Staatsschutz als Vorwand, um die gesamte Ausgabe der Stadtzeitung zu beschlagnahmen. Bei allem scheinen die Stadtzeitungsmacher nicht den Humor verloren zu haben. In einem Flugblatt zu diesem Vorfall schreiben sie:

„Der Kampf geht weiter – die nächste Razzia machen WIR."

Das Spendenkonto lautet: Kreissparkasse Heilbronn, Nr. 0000 32 102, Kontakt: Heilbronner Stadtzeitung, Postfach 2143, 7100 Heilbronn.

Weihnachtspostkarten

Der Motzer, Leserzeitung für Oberschwaben, hat zwei Postkarten drucken lassen. Sie sind im Original DIN-A-6, als Faltkarte mit 4 Seiten und kosten pro Stück DM 0,20 plus 0,60 DM Porto.

Kontakt: Motzer, Postfach 1163, 798 Ravensburg.

Die Stuttgarter Initiative "**Kein Knast für Hanf**" trifft sich ab jetzt regelmäßig im "Kunterbunt", Olgastr. 137, 7ooo Stuttgart 1, Tel. o711/6o7146o.
Nächste Treffs sind der: 4.12.80 und der 18.12.80, jeweils ein Donnerstag, so ab 2o.oo Uhr. Außerdem wird unter dem Motto "Legalise Weihnachten" am 24.12.8o die Stuttgarter Hanf-Initiative im Kunterbunt ein Feschtle durchziehen.
Kontakt:
Bürgerinitiative "KeinKnast für Hanf"
Postlagerkarte A o44794
7ooo Stuttgart 4o

Eine **DEMONSTRATION** für die hungerstreikenden irischen Gefangenen soll am 2o. Dezember in Frankfurt stattfinden. Nähere Informationen: WISK, Postfach 35, 637 Oberursel, Tel. o6171/73212

Kurze

Der Besuchsbericht bei Ralf Reinders, den wir im ID 358 abdruckten, erschien auch in der Berliner Zeitung "radikal" Nr. 84 (11/1980). Wie wir erfahren haben, wurden der Verfasserin des Berichts daraufhin weitere Besuche untersagt.
Das Kammergericht begründet seinen Beschluß damit, daß sie

1. während ihres letzten Besuchs einen Beamten als "Arschloch" beschimpfte

und

2. die Veröffentlichung eine verzerrte Darstellung ihres Besuchs wiedergibt. Weil sie die Überwachungsbeamten als "SS-Typen" bezeichnet und behauptet, daß die Gespräche "zusätzlich wahrscheinlich per eingebauten Mikros aufgezeichnet würden". Sie erklärt, daß die Haft "nur dazu dienen soll zu zermürben und zu zerstören".

Das Gericht erwartet nun, daß sie auch künftige Besuche zu "Störungen" und zur Stoffsammlung für "verleumderische Veröffentlichungen" mißbrauchen wird und verbietet zum "Schutz der Anstaltsordnung" weitere Besuche.

Solidaritätsfest für I.D. und die Gesellschaft für bedrohte Völker

In der alten Mensa in Ffm findet das diesjährige Weihnachtsfest statt. Es soll ein Unterstützungsfest für den I.D. und die Gesellschaft sein! Mit vielen Musikgruppen und Unterhaltung soll diesen beiden Gruppen geholfen werden.

Termin: 20. und 21. Dezember jeweils 19.00 Uhr
Wo: Frankfurt/Main, Alte Mensa an der Universität

Zeugen gesucht

Hannover, 10.12.80

Während der Ereignisse um die Rekrutenvereidigung am 11. November 80 war die Polizei doch nicht so untätig, wie es viele Presseberichte glaubhaft machen wollen.

Es gab viele Personalfeststellungen, einige Leute wurden auch festgenommen.

Mittlerweile hat sich in Hannover ein 'Ermittlungsausschuß' gegründet. Über den Sinn ihrer Tätigkeit schreiben sie:

. . . „Wir brauchen Berichte mit möglichst genauen Zeitangaben über den gesamten Ablauf der Ereignisse am 11.11.80, besonders über Festnahmen und Personalienfeststellungen, sowohl von Betroffenen als auch von Zeugen (Gegenbeweise). Das betrifft auch die Polizeiaktionen am Raschplatz und in der Kornstraße.

Wir haben gehört, daß einige schon von den Bullen (Kommissariat 4) „besucht" wurden, es ist weiterhin mit Vorladungen zu rechnen. Jeder davon betroffene soll sich unbedingt bei uns melden. Es ist völlig legal, Vorladungen zur Polizei zu ignorieren."

Kontaktadresse: Roland Malchow, Blumenauer Str. 11 (Hinterhaus), 3000 Hannover 91, Tel.: 0511/ 44 01 32.

Spendenkonto: Klaus-Werner Hahn, Kontonr. 829 846 Stadtsparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Eine Liste leerstehender Häuser in Hamburg hat die Selbsthilfeorganisation "Mieter helfen Mieter" herausgebracht. Laut Karsten Plog (Frankfurter Rundschau vom 10. Dezember 1980) sind mehr als hundert Häuser auf der Liste. Prompt bestätigte die Hamburger gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft SAGA: allein unter ihrer Verwaltung gebe es 500 leerstehende Wohnungen. Die Mieterorganisation will eine Zwischennutzung der leerstehenden Wohnungen durch Wohnungssuchende erreichen. Die SAGA will das prüfen, fürchtet aber, die vorübergehenden Mieter könnten beim Essen Appetit kriegen und nicht mehr rauswollen. Also Prost Mahlzeit, es gibt jede Menge Sonderangebote! Auch anderswo.

"Ich habe nichts gegen Johann, er ist keine unsympathische Charaktermaske", schreibt ID-Fan Michael aus Berlin am 26. November zum Deutschlandbesuch von Johannes Paul dem Zweiten. "Aber so ein kleiner Anschlag wäre schon toll gewesen, nämlich das Manuskript auszutauschen und Johann hätte dann die Frohe Botschaft im Fernsehen verkündet: Friede den Hütten – Krieg den Palästen, oder: Umwandlung des Vatikans in ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, und nicht nur die Freilassung des entführten Mädchens in Bubacksruhe, sondern "Freiheit für alle Gefangenen". Davon distanzieren sich, weil sie kein allgemeinreligiöses Mandat wahrnehmen mögen, die **Beauftragten des Studentenparlaments der Freien Universität Berlin für Kultur, Kommunikation und Ästhetik, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33, Tel. 030/838-4012 oder 838-2224.**

Ein Lastwagen mit Kranteilen, die fürs Atomkraftwerk Grohnde bestimmt waren, wurde zu Zeiten des Anti-Atom-Dorfs in Grohnde eines Tages in aller Frühe gestoppt und abgeladen. Einem der angeblich Beteiligten, Gerd K., wurde 1978 in Hameln der Prozeß gemacht. Das Urteil: acht Monate ohne Bewährung. Jetzt geht die **Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Hannover los: am 9. und 13. Januar 1981 jeweils 8.30 Uhr. "Klinckt schon abgedroschen", schreibt Gerd, aber: "Kommt zu Hauf !"**

Autonomie von Frauenhäusern gefährdet

In Gießen arbeitet der gemeinnützige Verein "Frauenhaus Gießen" e.V. schon 4 1/4 Jahre lang. Seit Juni 1980 konnten Frauen mit Kindern Zuflucht in einer 3-Zimmer-Wohnung finden. 'Obwohl so viele Frauen in so kurzer Zeit sich an das Frauenhaus gewandt haben, sind Stadt und Kreis nicht bereit, die Arbeit anzuerkennen, indem sie den Verein finanziell unterstützen. Statt dessen bekommt der Caritas-Verein laufend öffentliche Mittel für mißhandelte Frauen, weil er die Erhaltung der Ehe als obersten Gundsatz erklärt und nicht den Frauen die Möglichkeit läßt, ihre Zukunft selbst zu entscheiden.

In Frankfurt geben Stadt und Land ebenfalls keine Mittel mehr, sodaß das autonome Frauenhaus nun nach Jahren vor dem Ruin steht; trotzdem wollen die Bewohnerinnen ihr Haus retten;

In Darmstadt löst sich der Verein "Frauen helfen Frauen" auf, weil die Stadt ein Haus in eigener Regie aufgemacht hat, nachdem der Verein alle Vorarbeiten geleistet hat;

In ganz Hessen: "Der 4oo.ooo,-Bluff"
Im Haushaltsjahr 1980 wurden vom Land Hessen 4oo.ooo,- DM für die Erstausstattung von Frauenhäusern bewilligt, von denen nun aber kaum ein autonomes Frauenhaus etwas erhält, da die jeweiligen Kommunen ihre Unterstützung versagen und sich jetzt erst herausstellt, daß das Land seinen Zuschuß an die kommunale Mitfinanzierung gekoppelt hatte.

Wir, die autonomen Frauenhausgruppen, fordern daher:

- die sofortige unbürokratische Verteilung der uns zustehenden 4oo.ooo,- DM;
- eine bundeseinheitliche Regelung für die Finanzierung aller autonomen Frauenhäuser;
- keine Anwendung des § 72 des Bundessozialhilfegesetztes, der den Frauenhausbewohnerinnen die Fähigkeit zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft abspricht.

Frauenhausdemonstration in Frankfurt, Samstag 13.12.8o, Beginn 13.oo Uhr, Friedberger Platz
Kontakt:
"Frauenhaus Gießen" e.V., Reichenbergerstr. 7A, 63 Gießen, Tel. 31438

Teil IV der **Dokumentation zum Düsseldorfer RAF-Prozeß gegen Gert Schneider und Christof Wackernagel** ist erschienen. Inhalt: Beweisanträge zur Killfahndung/Zusammenlegung in Gruppen zu mindestens 15 Gefangenen/ zur Ladung von Herold als Zeuge der Verteidigung „Der Charakter der Auseinandersetzung ist Krieg")/ Zeugenvernehmung von Stefan Wisniewski zum Verhalten der RAF bei Festnahmen.

Bestellungen an Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22, 4630 Bochum, Preis: 1,50 DM. (Betrag auf das Konto: A. Schwarz, Kto. Nr. 133 093 484 - „Friede den Hütten" bei Sparkasse Bochum oder als Briefmarken im voraus).

Teil 1 und 2 sind leider vergriffen, Teil 3 (Erklärung zur Sache) noch zu haben.

Wandkalender 81

Der Fantasia-Verlag in Stuttgart hat zwei verschiedene Wandkalender zum Preis von 10 bis 12 Mark herausgegeben. Die Garantie für die Gültigkeit der Kalender für das Jahr 1981 wird vom Verlag übernommen. Bestellungen an:
Siebdruck + Verlag Fantasia, Liststr. 36, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/ 64 63 55.

Nicaragua-Plakatmappe

Das Nicaragua-Komitee Westberlin hat eine Plakatmappe mit 16 ersten Plakaten, die nach der Revolution erschienen sind, herausgegeben. Preis: DM 20. Zu bestellen bei:
Nicaragua-Komitee Westberlin, c/o KSG, Meineckestr. 15, 1000 Berlin 12.

Stollwerk-Dokumentation

Die ehemaligen Besetzer des Stollwerks in Köln haben eine Dokumentation über die damaligen Geschehnisse zusammengestellt: Hintergründe der Sanierung, was die Presse schrieb, Berichte und Fotos vom Leben im Stollwerk...
Vorbestellungen an: Kölner Volksblatt, Palmstr. 17, 5000 Köln. Einzelbestellungen nur gegen Vorkasse: 18 Mark auf das Konto 44 173 953 (R. Winkel) bei der Stadtsparkasse in Köln. Ab 5 Exemplaren werden 14 Mark berechnet.



Video-Katalog

Die ‚Medienkooperative' Berlin hat einen Video-Verleihkatalog aus dreizehn verschiedenen Bereichen (Ökologie, Kultur, Betrieb...) zusammengestellt. Der Katalog ist für 3 Mark erhältlich.
Kontakt: Medienoperative Berlin, Pallasstr. 8/9, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/ 21 52 222.

Für eine Veranstaltung am 20.1.81 sucht der Antifaschistische Arbeitskreis Bad Oeynhausen dringend eine Kopie des Films **„Ein Volk in Waffen"** über die spanische Revolution '37. Wer hat diesen Film oder weiß, wo er zu entleihen ist?

Antworten bitte an: **Wolfgang Fabisch, Am Hambkebach 3, 497 Bad Oeynhausen 1.**

Einen Berufsverbotsprozeß hat der seit über 5 Jahren suspendierte Prof. Dr. Gerhard Schneider (Romanistik in Frankfurt). Am 16.12.80 findet nun die öffentliche Hauptverhandlung im Disziplinarverfahren vor dem Verwaltungsgericht statt. Die Endrunde beginnt am 16.12. 80, in Frankfurt, Adalbertstr. 44 - 48 um 9 Uhr.

Atom-Comic

Einen Gang durch die Geschichte des Atoms macht ein neuerschienener Comic. Preis: DM 4,-. Bestellungen bei:
Nexus-Verlag, Fichardstr. 38, 6 Frankfurt.





Ein Bremer Lehrstück heißt eine Chronik der Auseinandersetzungen um den Volkshochschulkurs „Vom Rechtsstaat zum Polizeistaat?", der im Sommersemester 1980 von Rechtsanwalt Rolf Gössner geleitet und von SPDCUFDP denunziert und überwacht wurde. Zu beziehen über: Bremer Blatt, Kohlhöckerstr. 51, 2800 Bremen 1.

Mir san mir, Radi-A-Zeitung, Mülltonne, Pfrumpel, oder auch Eintopf: so heißen Alternativ- und Jugendzeitungen im Land Bayern. Die Junge Presse Bayern hat eine Landkarte und ein Adressenverzeichnis herausgegeben, das sämtliche ihr bekannten Jugend-, Schüler-, Stadt- und Stadtteil-, Lehrlings-, Studenten-, Jugendverbands- und Literaturzeitschriften in Bayern enthält. Für drei Mark fünfzig in Briefmarken oder auf das Postscheckkonto München 50780-907 (Junge Presse Bayern) flattert euch die Liste ins Haus. Bestellungen und Informationen, auch bereits für die nächste Ausgabe im Frühjahr 1981, gehen an die **Junge Presse Bayern, Herzog-Heinrich-Str. 7, 8000 München 2.**

Der Retter des ID hält sich zur Zeit in Westberlin auf und rettet die TAZ. Weitere Projekte der Alternativpresse, auch nach dem etwaigen Ableben des ID und der "Tageszeitung", werden gewarnt: der Retter ist schon unterwegs! – Dagegen wird empfohlen, Indulis Bilzens auf allen Stationen seiner Weltreise mit gebührendem Applaus zu empfangen.

WBAI New York

Das Network Medien-Magazin ist fertig. Die halbjährlich erscheinende Programmzeitung der Network Medien Cooperative als „Null-Nummer": Die Diskussionsthemen: Freie Radios und/oder öffentlich-rechtliches System, mit Michael Wolf Thomas (NDR), Daniel Cohn-Bendit, WBAI New York (einem nichtkommerziellen privaten Radio-Sender, der schon seit 20 Jahren sendet), Freundeskreis Freie Radios Münster, Anton Bubenik zur genossenschaftlichen Organisierung Freier Sender. Außerdem Beiträge über Kindermedien und die Vermarktung karibischer Kultur. Vor allem: Aufforderung zur Sammlung von historischen Dokumenten:Projekt Phonothek, ein Versuch, den Archivbunkern der Anstalten eine Alternative gegenüberzustellen.

Network Medien Cooperative, Hallgartenstr. 69, 6 Frankfurt, 5,- DM in Scheck oder Briefmarken beilegen. Tel. 0611 / 451737

Aus der neuen Zeitschrift übernehmen wir den Beitrag über die New Yorker Radiostation WBIA . Zwei Leute von Network berichten von ihrem Besuch:



Es ist 11 Uhr vormittags, Menschengewimmel, ohrenbetäubender Straßenlärm — wir befinden uns mitten in Manhatten auf der 8th Avenue, Ecke 35th street.

Ein Freund von uns, Joe, führt uns in die Nr. 505, einem von diesen alten Backsteinhochhäusern, die typisch für das Straßenbild sind. Im 17. Stockwerk dieses Gebäudes befindet sich WBAI, der einzige freie Radiosender in NYC.

Für alle diejenigen, die versuchen einen Sinn in dieser Buchstabenfolge zu erkennen: bei allen US-amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstationen bezeichnet der 1. Buchstabe die engere Region, in diesem Fall W = NYC, die nachfolgenden Buchstaben sind Kennzeichnungen, die bei der Linzenzvergabe der jeweiligen Station zugeteilt werden.

Joe hat uns gewarnt: ‚it's chaotic'. Wir sind überrascht, vielleicht decken sich unsere Vorstellungen von chaotisch nicht. Trotz der 30-40 Leute, die hier auf ca. 300 qm², in 9 Büros, 2 Aufnahmestudios, den 3 Schneide- und Produktionsräumen arbeiten, telefonieren, diskutieren, ist die Atmosphäre relativ ruhig. Joe stellt uns vor: 4 Bekannte aus Deutschland, die was über WBAI erfahren wollen.

Die Leute bei WBAI sind freundlich, haben Zeit, „Ein Interview wollt ihr haben? Any time, sagt wenn's euch paßt, schaut euch um." Wir treffen Verabredungen, schwätzen, trinken Kaffee, während im Hintergrund das ‚on the air' Programm läuft.

WBAI lebt von freiwilligen Hörerbeiträgen (sog. listener-sponsered Radio), arbeitet absolut unabhängig von kommerziellen Interessen, verzichtet auf jegliche Einnahmen durch Werbung u.ä., und auf staatliche Unterstützungen, wenn sie mit inhaltlichen Einschränkungen verknüpft sind. Finanziell unterstützt wird WBAI zur Zeit von etwa 12.000 Hörern, von denen jeder durchschnittlich 6 DM pro Monat bezahlt (die Jahreseinnahmen belaufen sich auf ca. 800.000 DM), die geschätzte Hörerzahl liegt weit höher, etwa 250.000 Menschen hören WBAI regelmäßig.

WBAI ist keine ‚kleine' Alternativstation, wie die meisten der alternativen Radios in Europa. Es wird mit der höchstzulässigen Leistung (50 000) Watt auf FM (entspricht unseren UKW Frequenzen) rund um die Uhr gesendet. Der Transmitter steht auf dem Empire State Building, der Sendebereich hat einen Radius von 25 Quadratmeilen, d.h. er geht über NYC hinaus, und erreicht Teile von NY-State, New Jersey, Connecticut.

Was ist am WBAI alternativ?

Was macht WBAI nun aber zum 'alternativen', zum 'freien' Sender im Land der Coca-Cola Medien? Warum bezahlen Leute für WBAI, wo doch für Rundfunk und Fernsehen in den USA sonst keine Gebühren erhoben werden? Warum arbeiten Leute umsonst für WBAI — nur 12 der Mitarbeiter werden mehr oder weniger regelmäßig bezahlt, ungefähr 300 freie Mitarbeiter, sog. Volunteers, arbeiten umsonst —? Wie sieht die Konzeption von WBAI aus, welche Inhalte werden vertreten?

Wir treffen uns mit Steve Post, der seit 15 Jahren bei WBAI arbeitet, um von ihm etwas mehr über die Hintergründe und die Geschichte des Senders zu erfahren.

WBAI gehört zusammen mit 4 weiteren Radiostationen — in San Francisco, Washington, Houston, Los Angeles — formell der Pacifica Foundation an, einer Organisation, die Anfang der 50-iger Jahre von einem in San Francisco lebenden überzeugten Pazifisten gegründet wurde.

Die Grundprinzipien dieser Organisation waren und sind bis heute: das verfassungsmäßig garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung radikal zu verwirklichen, Minderheiten zu Wort kommen zu lassen, eine Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen zu bewahren, d.h. keinerlei Werbung.

1959 bot ein exzentrischer New Yorker Millionär, der eine Radiostation in NYC besaß, diese der Pacifica Foundation als Geschenk an.

So entstand WBAI, eine Station, die dann bis 1965 ein avantgardistisches, nicht kommerzielles Intellektuellenradio war. Mit Beginn des Vietnamkrieges, der Bürgerrechtsbewegung und der Studentenbewegung wurde man sich bei WBAI zunehmend der politischen Möglichkeiten, eines unabhängigen, nicht kommerziellen und nicht-staatlichen Radios bewußt. WBAI wurde zum Sender der Kriegsgegner, der Schwarzen, der Frauen- und Schwulenbewegung. Er setzte und setzt sich auch heute die Aufgabe, unzensierte Informationen zu senden. Er überläßt Gruppen, die sonst kaum Raum zu ihrer Artikulation finden, Sendezeit, reflektiert bestehende Bewegungen, wirkt z.T. selbst organisierend.

Die Veränderung der Sendeform

Mit den Inhalten veränderte WBAI zugleich die Sendeformen. WBAI ist prinzipiell für jeden offen, es kommen Gruppen (Stadtteilgruppen, Frauengruppen etc.) die Programme machen, Einzelne, die was zu berichten und zu sagen haben. Während fast jeder Sendung kann angerufen, Kritik oder auch Zustimmung geäußert werden; Vorschläge werden eingebracht, Diskussionen zwischen Hörern ermöglicht. Bei all dem ist es jedoch schwierig, das Radiokonzept von WBAI generell einzuschätzen. Das Spektrum der vertretenen politischen Richtungen reicht von der radikalen Linken bis hin zu den liberalen Demokraten; manche wollen Betroffenenradio machen, andere Aufklärungs- und Agitationsradio, oder einfach Insider-Radio; für einige ist Radio nichts anderes als experimentelle, avantgardistische Kunstform.

Diese Koexistenz von Unterschiedlichkeiten führt jedoch nicht zu erbitterten Fraktionskämpfen, WBAI lebt vielmehr von diesen Differenzen. Der Sender hat sein Versprechen, für viele Gruppen, Interessen, Meinungen offen und (be)nutzbar zu sein, gehalten. Das Fehlen normativer Ausschlußgrenzen die Betroffenen kommen im Sender selbst zu Wort, ermuntert immer wieder unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen den Sender als öffentliches Mitteilungsforum zu benutzen.

Es fehlt wie bei den staatlichen und kommerziellen Sendern die resignative Barriere: 'Da kommst Du sowieso nicht rein, und wenn, die schneiden das zusammen, wie sie wollen'. Im Gegenteil: Zwar gibt es eine relativ feste Programmstruktur — dies als eine wesentliche Voraussetzung für eine leichtere Orientierung an bestimmten Themenfeldern — die konkrete Ausfüllung des Programmrasters erfolgt aber durch tägliche neue Diskussionen. Diese offenen, und oft auch vom Sender selbst veröffentlichten Diskussionen provozieren immer wieder aufs Neue ein Engagement all derer, die bestimmte Themen realisiert wissen wollen.

Wie kann das alles funktionieren?

Daß dieses Prinzip überhaupt funktionieren kann, ist an vier Voraussetzungen gebunden:

— Abkehr von Perfektionismus und Hyper-Professionalität im Hinblick auf Sendeform und Technik
— Innere Demokratie bei Entscheidungsprozessen
— Eingebundenheit des Senders in das spezifische soziale Umfeld der City
— Zugänglichkeit des Senders von außen

»Mit den Inhalten veränderte WBAI zugleich die Sendeformen. Der Sender ist für jeden offen: Stadtteilgruppen, Frauengruppen machen ihr Programm.«

Angesichts des Jahresetats von ca. 1 Million DM — unsere Anstalten verfügen oft über einen gleichgroßen Tagesetat — mag es hierzulande verwundern, wie der Sender mit diesen relativ geringen Mitteln rund um die Uhr und mit durchweg gutem Programm existieren kann. Und dabei produziert der Sender noch Programme, die anderen Sendern in den USA oft zu kostspielig sind: Hörspiele, Live-Veranstaltungen des Senders, sorgfältig gemachte Features und Auslandsreportagen. Als ihr größtes Problem beschrieben alle Leute, mit denen wir sprachen, die finanzielle Misere des Senders. Es wurde aber herausgestellt, daß ein Mehr an Geld nicht die Inhalte verbessern würde. Der geringe Etat wirkt sich vor allem auf die gigantische Selbstausbeutung all derer, die für den Sender arbeiten, aus. Die wenigen, die bezahlt werden, erhalten einen relativ niedrigen Monatslohn (ca. 1000 DM), der zudem ziemlich unregelmäßig eintrifft. Ein Mehr an Geld hätte eine bessere Bezahlung der ständig Mitarbeitenden und eine sorgfältig durchdachte Verbesserung des technischen Equipments zur Folge. Sorgfältig durchdacht in folgendem Sinne: Die Leute von WBAI befürchten, daß hohe Investitionen in eine komplizierte Technologie eine bestimmte Dynamik in Gang setzen: Auslastung dieser Technologie. Nur noch wenige können diese Technik bedienen und Expertenwesen würde den öffentlichen Charakter des Senders langsam zerstören. Das Prinzip mit technisch einfachen Geräten zu arbeiten — Außenaufnahmen werden z.B. meist — nach kurzer technischer Einweisung — mit mittelwertigen Cassettenrecordern gemacht — soll auf jeden Fall erhalten bleiben. Andererseits leidet die technische Qualität des Senders oft an den veralteten Tonbandmaschinen im Studio und daran, daß alte Bänder immer wieder neu bespielt werden.

Die Aufgaben der Verwaltung

Der geringe Aufwand an Bürokratie und Verwaltungsarbeit sorgt dafür, daß in diesen Bereichen erhebliche Finanzen eingespart werden. Es gibt zwar, um formalen Ansprüchen zu genügen, sog. 'Department-Heads' (Ressortleiter), einen Station-Manager und einen Programm-Direktor. Von diesen Positionen geht aber kaum Macht und zentrale Entscheidungsbefugnis aus. Im Vordergrund dieser Positionen steht die Schaffung der Voraussetzungen für das Entstehen und nicht die Gestaltung des Programms.

Der jeweilige Station-Manager übernimmt hauptsächlich administrative Arbeiten, kümmert sich um die Finanzen, die Schulden, um Lizenzerneuerungen. Die Voraussetzungen eine Lizenz zu erhalten sind relativ leicht zu erfüllen: Es muß nach einer freien Frequenz gesucht bzw. eine eingekauft werden; der Nachweis erbracht werden, daß die finanziel-

❝ Während eines Gefängnisaufstandes ließ WBAI den direkten Telefonkontakt zu den Insassen über den Sender gehen. ❞

len Mittel für das Betreiben einer Radiostation für mindestens ein Jahr vorhanden sind; ein Techniker mit entsprechender Qualifizierung muß vorhanden sein; es muß letztlich der Nachweis erbracht werden, daß der Sender öffentlichen Interessen dient (de facto heißt das, daß mindestens eine Stunde pro Tag über öffentliche Angelegenheiten berichtet werden muß. Viele kommerzielle Sender unterlaufen diese Bestimmung, indem sie diese Auflagen z.B. morgens um 5 Uhr erfüllen).

Die staatliche (Federal Communication Commission) FCC wacht über die Einhaltung der Rundfunkgesetze (keine Rassendiskriminierung, keine Obszönitäten, keine einseitige Agitation).

Was sagen die Behörden?

Mit staatlichen Aufsichtsbehörden hatte sich WBAI im Lauf seiner Geschichte immer wieder auseinandergesetzt: Sei es wegen des Gebrauchs des Wortes „motherfucker", sei es aus explizit politischen Gründen.

Ein Beispiel: Während eines Gefängnisaufstandes in Brooklyn ließ WBAI den direkten Telefonkontakt zu Insassen dieses Gefängnissen, den Mitarbeiter aus dem Nachrichtendepartement herstellen konnten, direkt über den Sender gehen. Anschließend an die Sendung wurden von den Polizeibehörden die Tonbänder dieser Sendung als juristisches Beweismaterial angefordert. WBAI verweigerte die Herausgabe. Der damalige Station-Manager ging einige Tage hinter Gitter. Ein Prozeß um die Unantastbarkeit journalistischer Quellen vor dem Supreme Court war die Folge. WBAI gewann den Prozeß.

Ständige Diskussionen bestimmen das Leben des Senders: Zwischen den 8 Ressorts (Nachrichten, Öffentliche Angelegenheiten, International, Musik, Drama und Literatur, Frauen, Homosexualität, Live-Radio) wird um Sendezeit für die nächsten Monate gerungen, innerhalb der Ressorts dann die Programminhalte der erfochtenen Sendezeit festgelegt. Wir waren bei vielen solcher Diskussionen dabei.

Streit gibt es immer wieder

Es gibt bei diesen oft heftigen Auseinandersetzungen kaum Kämpfe zwischen politischen Parteien oder linientreuen Kadern irgendwelcher Organisationen. Streit gibt es allerdings immer wieder, weil vor allem drei Gruppen: Schwarze, Frauen und Homosexuelle sich in den Sendungen unterrepräsentiert fühlen. Trotz jahrelangen Bemühens, ist es WBAI hier noch nicht gelungen, die gesellschaftlich vorherrschenden Diskriminierungsmuster zu überwinden. All diese Diskussionen werden nicht radio-intern geführt. Wer gerade da ist und/oder dabei sein will, diskutiert und entscheidet mit. Die prinzipielle Offenheit und leichte Zugänglichkeit sowie die Freundlichkeit Besuchern gegenüber sind wohl die wichtigsten Voraussetzungen für die Lebendigkeit des Senders.

Leicht zugänglich sind auch seine Archive. Kopien vieler Sendungen können von jederman/frau für eine geringe Kopiegebühr bezogen werden. Dies als selbstverständlicher Ausdruck der Bürgernähe des Senders. (Die Mitarbeiter von WBAI reagierten mit völligem Unverständnis, als wir berichteten, wie sich unsere Rundfunkarchive in die Kasernenstruktur unserer Rundfunkanstalten einfügen).

Über einige Sendungen

Am meisten Sendezeit nehmen die Live Radio Shows in Anspruch, meist zwischen Mitternacht und 9 Uhr morgens, die von verschiedenen Mitarbeitern gemacht werden und eine Art 'Erfindung' von WBAI sind. Seit Mitte der 60iger Jahre sind sie fester Programmbestandteil und haben viele Hörer an den Sender gebunden.

Der Reiz der Live-Radio Shows besteht darin, daß niemand vorher weiß, was gesendet wird. Je nach Laune und Interesse des jeweiligen Produzenten wird er einen Studiogast haben, Platten spielen, sich etwas von der Seele reden, ein Buch, einen Film, eine wichtige Nachricht besprechen, einen Witz erzählen. Die spezielle Attraktion von Live-Radio ist jedoch Höreranrufe entgegennehmen. Dabei kommt es vor, daß sich die Hörer untereinander so in Diskussionen verwickeln, daß der Producer sich nicht mehr um den Fortgang der Sendung zu kümmern braucht. Im Vergleich zu kommerziellen Sendern können Hörer hier aktiv kommunizieren, unzensiert und zeitlich ohne feste Begrenzung reden. Die meisten 'live-radio artists,' wie sie sich gerne nennen lassen, sind politisch engagiert und nutzen ihre Sendezeit dazu, ihr Thema öffentlich zu machen. Bei Dave Wynards Programm sind es z.B. Fragen der 'gay community', vor allem zu Beginn der Schwulenbewegung, als ganz 'persönliche' Erfahrungen über den Sender ausgetauscht wurden, die besonders wichtig waren um den Schwulen zu einem positiven Selbstverständnis zu verhelfen.

Hier kommt insofern ein therapeutischer Aspekt von 'Live-Radio' zum Tragen, als Individuen, die sich in der Anonymität des Hexenkessels NYC mit ihren Problemen nicht mehr zurecht finden, hier zumindest auf Resonanz stoßen. Kein anderer Sender würde sich trauen, offen und detailliert beispielsweise über Homosexualität zu diskutieren und diskutieren zu lassen, und das ohne zeitliche Begrenzung.

Nachrichten bei WBAI

Das Nachrichtendepartement nimmt innerhalb WBAI's eine Sonderstellung ein. Daß WBAI die beste Nachrichtensendung macht, die man in NYC hören kann, wird auch von Medienfachleuten, die WBAI sonst nicht gerade nahestehen mögen, bestätigt. Dem Nachrichtendepartement steht immer soviel Zeit zur Verfügung, wie notwendig ist, um die Nachrichten in gewünschter Ausführlichkeit bringen zu können. Zudem kann das Nachrichtendepartement mit wichtigen Meldungen jederzeit das laufende Programm unterbrechen. Die WBAI Nachrichten bringen — im Gegensatz zu den anderen US-Medien — ausführlich Internationales und lassen sich Zeit für Hintergrundinformationen. Seit einiger Zeit gibt es ein eigenes International-Affairs-Departement, das sich vor allem mit Fragen der 3. Welt und solchen Ländern, die einen anderen Weg als den kapitalistischen gehen wollen (Nicaragua, El Salvador z.B.), in Nachrichten und Reportagen beschäftigt.

Das Nachrichtendepartement hat ein weitausgebautes Netz an Informanten, so ist es z.B. in der Lage, kritische Informationen zur Kernenergie zu geben, die in ihrer Sachkompetenz die der anderen Medien überbieten.

Das Nachrichtendepartement bezieht seine Informationen also nicht nur von den Nachrichtenagenturen (AP und UPI) — Meldungen die übrigens meist neu formuliert werden — wichtiger noch sind die Vielzahl von 'Sympathisanten' in verschiedenen Städten der USA und auch im Ausland. Diese Leute arbeiten häufig in Stadtteilgruppen, Knastgruppen etc. und sind so in der Lage, detaillierte und kritische Informationen aus ihrem jeweiligen Bereich zu liefern. Darüber hinaus gibt es ein Netz informeller Kontakte zu Leuten in aller Welt, die im Bedarfsfall angerufen werden. (z.B. wurden wir in der Wahlnacht angerufen und um Informationen gebeten).

Die meisten der Reportagen, die sich direkt auf die Stadt beziehen, kommen aus dem Public Affairs Departement, sogenannte 'Bread and Roses' Programme. In diesen Sendungen kommen solche Gruppen der New Yorker Bevölkerung zu Wort, die von den übrigen — an der weißen Mittelschicht orientierten — Medien geschnitten werden: Ghettobewohner, ethnische Minderheiten, Behinderte, Alte. Es werden Probleme der Stadt auf den Tisch gebracht: Mietsituationen, Straßenbau, Beschneidung der öffentlichen Gelder, Schließungen von Krankenhäusern, Kriminalität, Polizeibrutalität etc. . Stadtoffizielle werden ebenso eingeladen wie politische Gruppen, die in Stadtteilen arbeiten. Diesen gibt das Public Affairs Departement auch die Möglichkeit, eigene Programme zu produzieren. Dabei bemühen sich die Mitarbeiter des Departements, nicht einer bestimmten politischen Gruppe den Vorzug zu geben, um politisches Sektierertum zu vermeiden. Die Angst zum Sprachrohr einer einzigen Organi-

sation zu werden, ist bei WBAI weit verbreitet.

Zuhörer/innen

Bei einer Bootsfahrt auf dem Hudson, die von WBAI für die Hörer organisiert wurde — neben den Hörerbeiträgen versucht WBAI über Veranstaltungen wie Bootsfahrten, Konzerte, Flohmärkte etc. zusätzliche Einnahmen zu bekommen — fragten wir einige Hörer über ihre Meinung, über ihren Umgang mit WBAI.

Die meisten dieser Hörer wählen die Programme, die sie hören, nach ihren oft sehr spezifischen Interessen aus, der eine nur die Public-Affairs Programme, der andere nur die Musikprogramme, der dritte die Ökologiesendungen etc. .

Es gibt eine monatlich erscheinende Programmzeitschrift, das Folio, das jedem Spender zugestellt wird. Da WBAI grundsätzlich dafür offen ist, aktuelle Themen einzuschieben — während des Reaktorunglücks in Harrisburg wurde das reguläre Programm für 5 Tage ausgesetzt — können sich allerdings immer Änderungen ergeben.

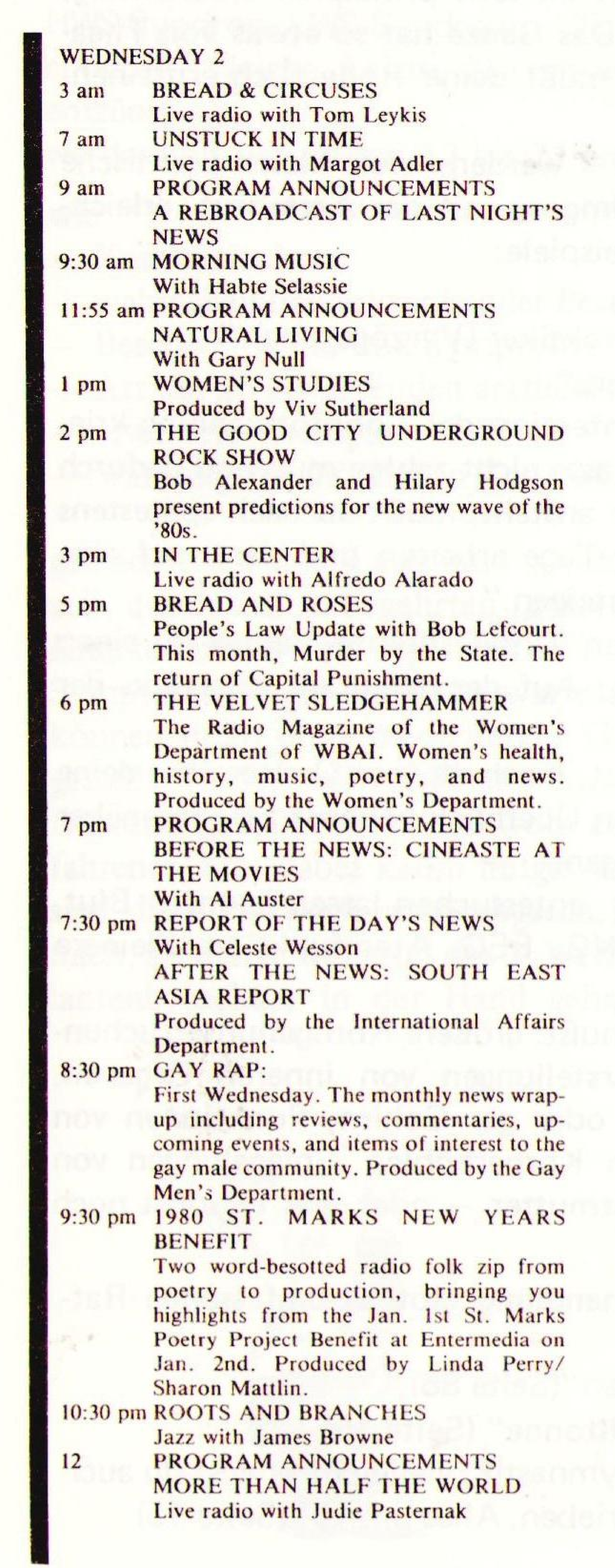
Die meisten der Hörer mit denen wir sprachen, schalten sich regelmäßig zwischen 1 und 3 Stunden täglich ein. WBAI sendet zwar 24 Stunden, ist aber alles andere als Backgroundradio, bei WBAI muß zugehört werden. Wer Backgroundtöne braucht, muß auf eine der 41 kommerziellen Radiostationen in NYC umschalten, wo je nach Spezialität des Senders nur Rockmusik, oder nur Country, nur Pop, nur Klassik etc. zu hören ist.

Trotz der grundsätzlich positiven Einstellung der Hörer zu WBAI wurde auch Kritik laut. Das Prinzip für Höreranrufe offen zu sein, von Hörern gemachte Sendungen zu veröffentlichen, hat zwangsläufig manchmal recht langweilige Sendungen zur Folge, kann anstrengend sein. Es gibt Hörer, die die Möglichkeit bei WBAI anrufen zu können und auf Sendung zu sein, nutzen, um ihren Narzißmus zu befriedigen. 'Es ist ein erhebendes Gefühl zu wissen, du wirst in der ganzen Stadt gehört', meint einer der Hörer.

Und es liegt in den Fähigkeiten des jeweiligen Produzenten, wie er mit solchen Anrufern umzugehen weiß, inwieweit er es versteht, eine Kommunikation mit und zwischen den Hörern zu erreichen.

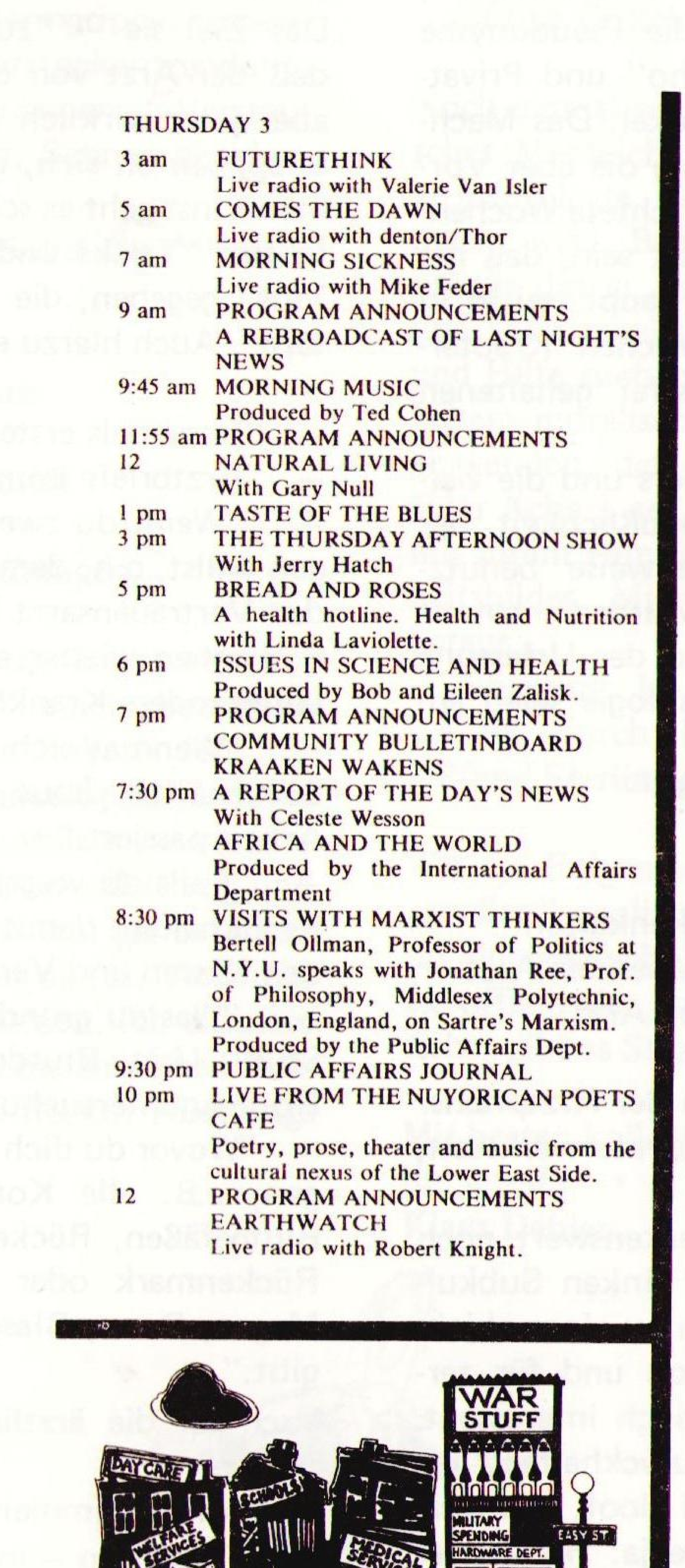
Wie konnte der Sender überleben?

WBAI: auf jeden Fall einer der letzten libertären Eckpfeiler in der kommerzialisierten Medienlandschaft in den USA. Dieser Sender beweist, daß und wie es möglich ist, ohne großes Geld und bestimmende Administration öffentlichen



WEDNESDAY 2

3 am BREAD & CIRCUSES
Live radio with Tom Leykis
7 am UNSTUCK IN TIME
Live radio with Margot Adler
9 am PROGRAM ANNOUNCEMENTS
A REBROADCAST OF LAST NIGHT'S NEWS
9:30 am MORNING MUSIC
With Habte Selassie
11:55 am PROGRAM ANNOUNCEMENTS
NATURAL LIVING
With Gary Null
1 pm WOMEN'S STUDIES
Produced by Viv Sutherland
2 pm THE GOOD CITY UNDERGROUND ROCK SHOW
Bob Alexander and Hilary Hodgson present predictions for the new wave of the '80s.
3 pm IN THE CENTER
Live radio with Alfredo Alarado
5 pm BREAD AND ROSES
People's Law Update with Bob Lefcourt. This month, Murder by the State. The return of Capital Punishment.
6 pm THE VELVET SLEDGEHAMMER
The Radio Magazine of the Women's Department of WBAI. Women's health, history, music, poetry, and news. Produced by the Women's Department.
7 pm PROGRAM ANNOUNCEMENTS
BEFORE THE NEWS: CINEASTE AT THE MOVIES
With Al Auster
7:30 pm REPORT OF THE DAY'S NEWS
With Celeste Wesson
AFTER THE NEWS: SOUTH EAST ASIA REPORT
Produced by the International Affairs Department.
8:30 pm GAY RAP:
First Wednesday. The monthly news wrap-up including reviews, commentaries, upcoming events, and items of interest to the gay male community. Produced by the Gay Men's Department.
9:30 pm 1980 ST. MARKS NEW YEARS BENEFIT
Two word-besotted radio folk zip from poetry to production, bringing you highlights from the Jan. 1st St. Marks Poetry Project Benefit at Entermedia on Jan. 2nd. Produced by Linda Perry/ Sharon Mattlin.
10:30 pm ROOTS AND BRANCHES
Jazz with James Browne
12 PROGRAM ANNOUNCEMENTS
MORE THAN HALF THE WORLD
Live radio with Judie Pasternak



THURSDAY 3

3 am FUTURETHINK
Live radio with Valerie Van Isler
5 am COMES THE DAWN
Live radio with denton/Thor
7 am MORNING SICKNESS
Live radio with Mike Feder
9 am PROGRAM ANNOUNCEMENTS
A REBROADCAST OF LAST NIGHT'S NEWS
9:45 am MORNING MUSIC
Produced by Ted Cohen
11:55 am PROGRAM ANNOUNCEMENTS
12 NATURAL LIVING
With Gary Null
1 pm TASTE OF THE BLUES
3 pm THE THURSDAY AFTERNOON SHOW
With Jerry Hatch
5 pm BREAD AND ROSES
A health hotline. Health and Nutrition with Linda Laviolette.
6 pm ISSUES IN SCIENCE AND HEALTH
Produced by Bob and Eileen Zalisk.
7 pm PROGRAM ANNOUNCEMENTS
COMMUNITY BULLETINBOARD
KRAAKEN WAKENS
7:30 pm A REPORT OF THE DAY'S NEWS
With Celeste Wesson
AFRICA AND THE WORLD
Produced by the International Affairs Department
8:30 pm VISITS WITH MARXIST THINKERS
Bertell Ollman, Professor of Politics at N.Y.U. speaks with Jonathan Ree, Prof. of Philosophy, Middlesex Polytechnic, London, England, on Sartre's Marxism. Produced by the Public Affairs Dept.
9:30 pm PUBLIC AFFAIRS JOURNAL
10 pm LIVE FROM THE NUYORICAN POETS CAFE
Poetry, prose, theater and music from the cultural nexus of the Lower East Side.
12 PROGRAM ANNOUNCEMENTS
EARTHWATCH
Live radio with Robert Knight.

»Mit den Inhalten veränderte WBAI zugleich die Sendeformen. Der Sender ist für jeden offen: Stadtteilgruppen, Frauengruppen machen ihr Programm.«

und bürgernahen Rundfunk zu machen. Was „gesellschaftlich relevant" ist, wird nicht diktiert, sondern unter Beteiligung der Hörer/innen, der Betroffenen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen praktisch eingebracht. Wichtige Prinzipien, die das Einlösen der radikaldemokratischen Ansprüche des Senders gewährleisten, sind: Konfrontation verschiedener Meinungen; Durchleuchten der Hintergründe gesellschaftlicher Vorgänge durch Betroffenenberichte und offensive Recherchen; permanente Offenheit für Mitarbeit; Verzicht auf immobile Expertentechnik.

Am schwersten fällt es uns die Frage zu beantworten, wieso WBAI schon 21 Jahre existiert, sind doch die freien Radios (s. Italien) meistens kurzlebiger.

Die Leute wissen, daß sie bei WBAI ehrliche Informationen bekommen. Viele, die seit Jahren nicht mehr WBAI gehört hatten, schalteten, instinktiv — während des Unglücks in Harrisburg, die Station ein. Es gibt ein Bewußtsein dafür, daß WBAI auch dann verläßliche Informationen bringt, wenn die anderen Medien versagen.

Zudem gibt es eine Programmstruktur, die im allgemeinen durchgehalten wird: die Hörer wissen ungefähr, was sie wann erwartet.

Sicher hat auch die Politik der Station, nicht zum Sprachrohr einer bestimmten politischen Organisation, ethnischen oder sonstwelchen Gruppen zu werden, zu dieser Widerstandsfähigkeit beigetragen.

Die Organisation innerhalb des Senders ist zwar formal hierarchisch, faktisch aber demokratischer als es das schönste Modell sein könnte. Die organisatorische Struktur verhindert das Chaos, das entsteht, wenn 300 Leute Radio machen, Arbeitszeit, Engagement etc. investieren und nicht bezahlt werden, ist aber als Machtinstrument bei inhaltlich wichtigen Fragen unbrauchbar, wie sich in der Geschichte der Station verschiedentlich gezeigt hat.

Ohne sein soziales Umfeld würde der Sender jedoch nicht überleben: New York als Lebensraum verschiedener ethnischer, religiöser, politischer Gruppen. Wie ausgefallen auch immer ein Thema, wie verrückt eine Idee sein mag, in NYC gibt es immer ein paar Hundert, die darauf abfahren. Und Radio hören. ■







KRANKFEIERN – EIN FALL FÜR DEN STAATSANWALT?

Im ID 329 vom 12.April'80 veröffentlichten wir auszugsweise einige Beiträge aus der Gesundheitsbroschüre „Lieber krankfeiern als gesundschuften", die vom Gesundheitskollektiv , c/o Ökoladen, Lutterstr.33, 2 000 Hamburg 19 erarbeitet und vertrieben wurde.
Inzwischen kursiert diese Broschüre bereits bei den 'Halbgöttern in Weiß' als Schreckgespenst. Die nachstehende "Rezension" der Broschüre aus "einschlägigen Fachkreisen" entnahmen wir freundlicherweise dem Ärztlichen Mitteilungsblatt Mittelfranken, Nr.10 vom Oktober'80, die uns zugesandt wurde. Ein Kommentar hierzu dürfte sich allerdings erübrigen.(Hervorhebungen im Original).

Ein Fall für den Staatsanwalt!
Vor mir liegt eine bonbonrosafarbig eingefaßte Broschüre im Format DIN A 5.Auf 102 Seiten werden unter dem Titel **"WEGE ZU WISSEN UND WOHLSTAND ODER lieber krankfeiern als gesund schuften"** umfassende **Tips gegeben, die den Umgang mit der Ärztebrut erleichtern"**. Herausgegeben wird das "Werk" von einem "Gesundheitskollektiv", ... im Impressum verbergen sich dahinter die Pseudonyme "Dr. med. Marie Huana", Dr. med. A.Narcho" und Privatdozent Dr. med. Kiff-Turner": in Wanne-Eickel. Das Machwerk wird zu DM 4,50 verkauft und soll – wie die über Vorgänge in der linken Subkultur stets gut unterrichtete Wochenzeitung "Der Spiegel" berichtet – so gesucht sein, daß die Nachfrage kaum zu decken wäre. Wenn überhaupt, sei es in ultralinken Buchläden und Öko-Läden "zwischen Kräuterquark und braunen Eiern von repressionsfrei gehaltenen Hühnern" zu haben.
Die miserable Qualität des benutzten Papiers und die vielleicht sogar gewollte Primitivität und Scheußlichkeit der Illustrationen entsprechen durchaus der teilweise benutzten Faekalsprache. Alle zahlreichen Zitate wurden –soweit orthographisch möglich – bewußt von mir in der Urfassung belassen. Als Beispiele der benutzten Terminologie seien angeführt:

"Vertrauensärsche"	für Vertrauenärzte
"Facharsch"	für Facharzt
"Chefarsch"	für Chefarzt
"Schweinebande"	für Betriebskrankenkassen
'Wischi-Waschi-Typ"	für entgegenkommenden Arzt
"Reaktionärer"	für gewissenhaften Arzt

Dem entspricht auch die gewählte **Definition der Arztpraxis:** "Hexenküche, Folterkammer, Mythos, Reparaturwerkstatt, Dienstleistungsbetrieb, Nepplokal."
Alles dies wäre alleine für sich weder bemerkenswert noch reaktionsbedürftig; daß die Angehörigen der linken Subkultur weder zu einer ordentlichen Sprache noch zu einer objektiven Umweltbetrachtung fähig sind und von und für zerquetschte Ideologien leben, ist weder neu noch interessant. Im ganzen werden die Ärzte sogar relativ zurückhaltend behandelt. Natürlich seien sie reaktionär und doof, repressiv und geldgierig, aber diesmal braucht man sie ja: Handelt es sich doch um eine **Anweisung, durch geübte Simulation** sich nach dem Motto **"öfter mal sich von der Arbeit erholen und sich gegen die Bedingungen dieser Gesellschaft zu wenden,"** durch Täuschung des Arztes den ersehnten "gelben Schein (Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung) zu besorgen. Nach der Devise "4 Wochen Urlaub im Jahr sind doch einfach zu wenig.**Sei doch so gesund, "krank" zu machen,** ehe du richtig krank wirst. Dann hast du mal Zeit zum leben und überlegen!" Der Weg dahin sei, so meinen die Verfasser, "schwer möglich" Denn die Ärzte seien "gut dressiert", genaue Untersuchungen durchzuführen, und manche hätten "ein ganz schön wundes Hirn" und kennen Tests, die Simulanten überführen. Daher sei notwendig "Präge dir die Tricks ein mit denen du von Seiten der Ärzte bei der Untersuchung zu rechnen hast und spiele das Ganze mehrmals jemandem vor".

Die "Einführung in den Problemkreis" eröffnet somit eine **Strategie der Täuschung und des Betrugs** – zunächst an den Ärzten und den Krankenkassen, aber auch an den Arbeitgebern, den Versichertengemeinschaften und der gesamten Volkswirtschaft: " In diesem Buch findest du einige **"Krankheiten", die sich unserer Meinung nach eignen, eine Krankschreibung zu erreichen.** Also Sachen, die sich nicht so leicht im Rahmen der Schulmedizin entlarven lassen."
Das Ziel sie – "zumindest bei reaktionären Medizinern" – daß der Arzt von dir denkt du seist prinzipiell arbeitswillig, aber jetzt wirklich krank! Das **Ganze hat so etwas von Theaterspielen an sich,** und du mußt deine Rolle auch ernst nehmen sonst geht es schief."
In den **"Tricks und Tips II "** werden "viele kleine praktische Tips" gegeben, die "den **Umgang mit der Ärztebrut erleichtern"**. Auch hierzu einige Beispiele:

– "Immer als erstes zum Praktiker (Verzögerung)."
– "Arztbriefe immer öffnen."
– "Wenn du zweimal hintereinander Lohnfortzahlung kriegen willst, d.h. damit die Kasse nicht zahlen muß und dadurch der Vertrauensarzt häufiger ansteht, mußt du nach spätestens 6 Wochen wieder ein paar Tage arbeiten und dann auf eine völlig andere Krankheit umsteigen."
– "Wenn es sich um einen 'Unfall' drehte, kannst du einen Berufsunfall draus machen: Auf dem Weg zur oder von der Arbeit passiert."
– "Falls du vergeßlich bist, mach dir 'nen Ordner über deine Krankheiten, damit du einen Überblick behältst z.B. gegenüber den Kassen und Vereinigungen."
– "Was du grundsätzlich untersuchen lassen kannst: Blut, Stuhl, Urin, Blutdruck, EKG, EEG, Atemfunktion, kleinere Röntgenuntersuchungen."
– "Wovor du dich hüten mußt: größere Röntgenuntersuchungen, z.B. alle Kontrastdarstellungen von inneren Organen, Blutgefäßen, Rückenmark oder gar Gehirn, Punktionen von Rückenmark oder anderen Körperhöhlen, Spiegelungen von Magen, Darm, Blase, Gebärmutter – oder was es sonst noch gibt."

Auch für die **ärztliche Behandlung** gibt es umfassende Ratschläge:
– "Spritzen immer ablehnen"(Seite 86)
– „Tabletten – in die Mülltonne" (Seite 15)
– "Schwimmen gehen, Gymnastik, vielleicht kriegst du auch Bäder oder Massagen verschrieben. Alles prima" (Seite 15)

– "Normale Schmerzmittel wie Gelonida, Spalt, Optalidon – alles in den Müll"(Seite 19)
– "Wahrscheinlich wirst du eine Menge Tabletten kennenlernen – immer weg damit in die Hausapotheke für den nächsten Kater, oder in die Mülltonne"(Seite 24)
– "Verordnung von Antibiotika, in die Medikamentensammlung damit"(Seite 37)
– „Tabletten nicht nehmen, Spritzen ablehnen, weil du sie nicht verträgst"(Seite 55)
– "Gipsschiene oder Zinkleimverband – alles kann man abmachen"(Seite 71)
– "Spritzen, egal wohin, sollte man auch bestimmt ablehnen, da sie auch hier wieder nichts nützen, sondern eher schaden können"(Seite 57)

Vielleicht hat ein "schlaues Köpfchen" unter den Verfassern dieser Simulantenbroschüre doch gerade noch rechtzeitig gemerkt, daß die Vorschläge zur **Vernichtung der teuren erschlichenen und erschwindelten Medikamente** den eigenen sonst so aggressiv verkündeten ökonomischen und ökologischen Zielen entgegenstehen. Daher finden sich auch folgende Formulierungen:
– "Tabletten, Antibiotika und entzündungshemmende Mittel – gib die mal am besten in die nächste Medikamentensammlung für die 3.Welt, sind kostbar"(Seite 44)
– "Tabletten – in die Medikamentensammlung 3.Welt(Seite 50)

Den größten Teil der Broschüre nimmt jedoch der **Teil II – "Krankheitsbilder leicht gemacht "** ein. Für die Krankheitsbilder
Niedriger Blutdruck bzw. Nervöser Erschöpfungszustand, Migräne, Gehirnerschütterung, Gastritis, Darmgrippe, Blasen- und Nierenentzündung, Chronische Eierstockentzündung, HWS-Syndrom, LWS-Syndrom, Tennisellenbogen, Verstauchungen, Weiche Leiste, Narbenschmerzen, Sehnenscheidenentzündung
werden auf den Seiten 12 bis 71 jeweils umfängliche Angaben

wie
– Krankheitsdauer
– wahrscheinlich erkrankender Personenkreis
– Beschwerdebild und Symptome
– Art der zu erwartenden ärztlichen Diagnostik
– erwartete Therapie
– Warnung vor möglichen Kontrolluntersuchungen

gemacht, die den Leser und „Nutzer" in die Lage versetzen soll, durch den so begehrten „gelben Schein" einen **„bezahlten Krankenurlaub"** zu ergattern. Die Angaben insbesondere zur Symptomatologie und zur erwarteten Diagnostik und Therapie können nicht ohne medizinische Grundkenntnisse zusammengestellt worden sein; andererseits sind sie so unvollständig und teilweise oberflächlich, daß wohl ein lebens- und gar berufserfahrener Arzt dabei kaum mitgewirkt haben dürfte. Vielleicht sind diese Hinweise auch abgeschrieben worden. Ich erinnere mich, als Junge **während des 2. Weltkrieges eine ähnliche Simulantenbroschüre** in der Hand gehalten zu haben. Allerdings stammte sie damals nicht aus der linken Subkultur, sondern war von englischen Kampffliegern abgeworfen worden. Sie sollte deutschen Soldaten die Drückebergerei beibringen und damit die Kampfkraft der deutschen Wehrmacht schwächen. Nach fast vier Jahrzehnten kann ich mich natürlich nicht mehr an Einzelheiten erinnern, es finden sich aber hinsichtlich der „empfohlenen" Krankheitsbilder bis hin zu Details erstaunliche Parallelen: Vom winzigen Tropfen Blut in den Urin bei der markierten Nephritis (Seite 37) bis zum Glas Wasser vor der Röntgenuntersuchung des Magens bei der simulierten Gastritis (Seite 31).

Im Gegensatz zu damals – als der Krieg wie die Liebe fast alle Mittel erlaubte – muß nun dem Ganzen die **gehörige ideologische Plattform und Rechtfertigung** gegeben werden. Da soll aus dem schäbigen Betrug eine großartige politische Aktion gemacht werden. Natürlich müssen dazu linke Klassiker wie **Nicolas Born** mit einem Pamphlet über Vertrauensärztliche Dienststellen, **Bertolt Brecht** mit seinem Gedicht „Herr Doktor" und – ziemlich frei zitiert – wenigstens der Schwiegersohn von Karl Marx, **Paul Lafargue**, herhalten. Diese können sich dagegen wohl nicht mehr wehren, um so vorsichtiger und gewarnter sollten daher zeitgenössische linke Literaten sein! Und sollte noch ein Quentchen schlechten Gewissens aufdämmern, revolutionäre Thesen wie die Schlußapotheosen dieses „Werkes" decken alles zu:

> „Krank machen ist gut,
> nie mehr krank werden ist besser –
> es lebe die Revolution!!!"
> „Eure Energie, eure Kraft, eure Zeit,
> gewonnen durch den Gebrauch dieses Heftes,
> benutzt für euch und zur Veränderung dieser Gesellschaft,
> auf daß sie keinen mehr krank mache, das ist unser Traum!"

Noch einmal sei es gesagt: Man versucht, ein dürftiges ideologisches Mäntelchen vor die Tatsache zu hängen, daß hier der großangelegte Versuch der Täuschung und des Betruges gemacht wird. Besonders verwerflich und schäbig dabei ist, daß primär davon Ärzte betroffen sein sollen, die ob ihres Ethos und ihrer gesellschaftlichen Grundhaltung den bei ihnen Rat und Hilfe suchenden Mitmenschen völlig offen und mit erheblichem moralischen Vertrauenskredit begegnen. Niemand soll einwenden, daß das ganze vielleicht ein mehr oder weniger übler Scherz sei und die Verfasser gar nicht wüßten, was sie mit ihrem Pamphlet anrichten. Bei der Behandlung des Krankheitsbildes „Migräne" gehen auf Seite 20 die Verfasser aus sich heraus:

> „Übrigens: Im Jahre 1970 wurde die englische Wirtschaft allein durch Migränekrankschreibungen **um 3 Millionen Pfund Sterling geprellt** – saubere Arbeit, Hut ab!"

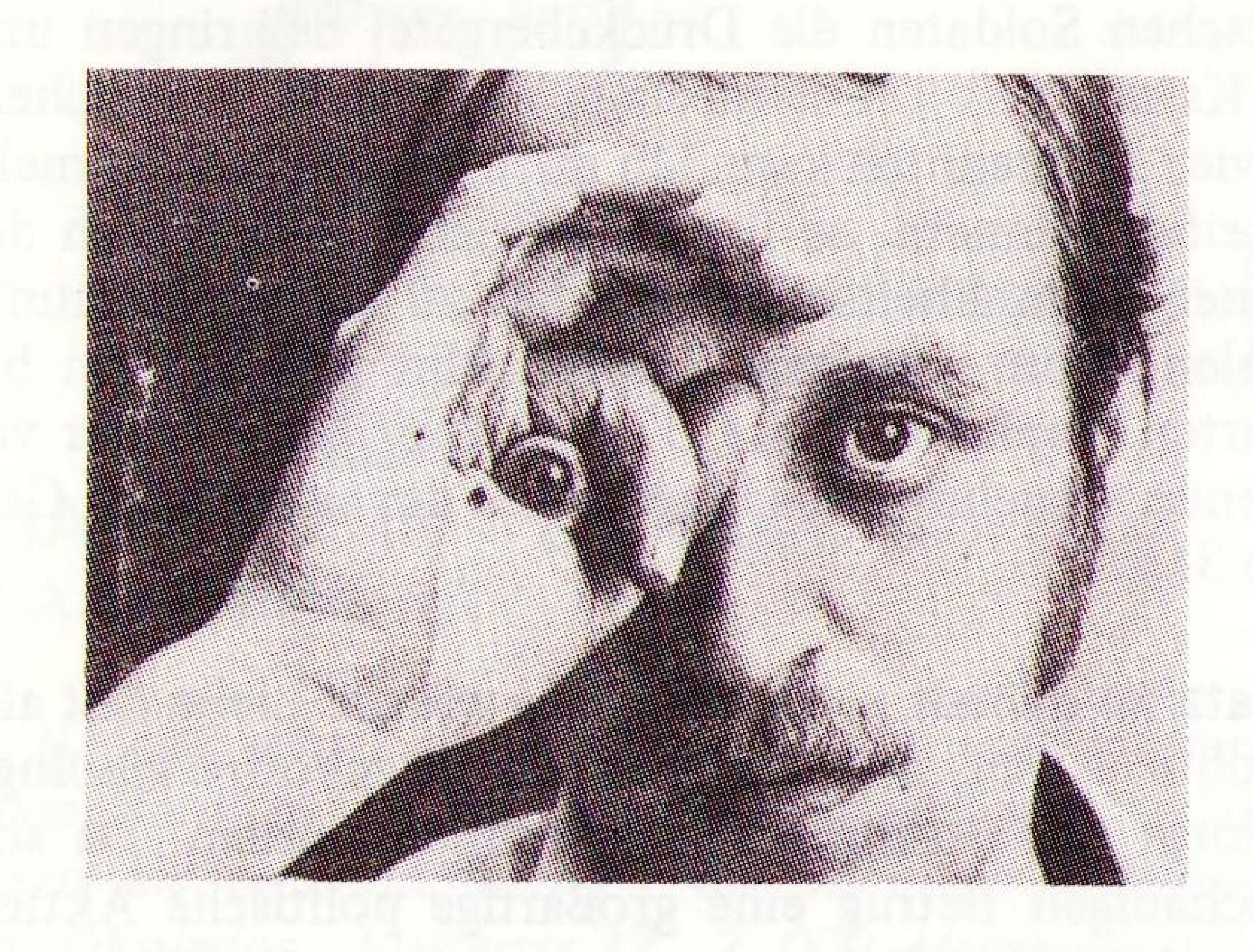
Wer die Folgen seiner „Empfehlungen" selbst mit dem Begriff „prellen" qualifiziert, weiß was er tut. Ich sehe in dieser Aktion eine **vielfache Anstiftung zum Betrug**. Ich meine, daß damit ex offizio der zuständige Staatsanwalt angesprochen ist! Und sicher gibt es Staatsanwälte in Hamburg und Wanne-Eickel!

Mit besten kollegialen Grüßen
bin ich Ihr
Klaus Dehler









SPITZELWERBUNG DES VERFASSUNGSSCHUTZES – DIESMAL (SCHON) BEI DEN JUNGSOZIALISTEN

Sie versuchen es immer wieder. "Unsere" Verfassungs-"schützer". Vielleicht haben sie doch ab und zu Erfolg mit der Anwerbung zum Spitzeln.
Oder sollte es etwa so sein, daß der ständig steigende Etat des Amtes für Verfassungsschutz einen Sachzwang ausübt, der nur durch die Anwerbung neuer "Mitarbeiter" behoben werden kann? Vielleicht leiden sie gar unter Informationsmangel, der nie ganz gesättigt werden kann, denn der Computer ist ja bekanntlich sehr gefräßig. Fragen, die sich jeder selbst stellen kann.

In Gießen versuchte im Oktober '80 ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes einen Sozialarbeiter als Spitzel anzuwerben, um u.a. Informationen über die Jungsozialisten (Jugendorganisation der SPD, d. Red.) herauszubekommen. Das Interessante an diesem Fall ist auch wieder, daß diese "Schützer" vorher über ihre 'Objekte' genaue Erkundigungen einziehen, um bessere Ausgangspunkte für einen Erfolg ihrer Werbung zu haben (z.B. über wirtschaftliche Not – Achtung Arbeitslose!). Schließlich will so ein "Schützer" der Verfassung auch in seiner eigenen Laufbahn einen höheren Posten plus Prämie (?) bekommen.

Doch diesmal hatte der Spitzelanwerber kein Glück. Der Anzuwerbende ging trotz Drohungen des "Beschützers" an die Öffentlichkeit. Wie der Sprecher des Fachschaftsvorstandes Rechtswissenschaften der Universität Gießen und Mitarbeiter der Internationalen Juristen-Kommission in Genf, Christoph Nix, bemerkte, "macht sich der Fachvorstand keine Illusionen in dem Sinne, daß mit dem Bekanntwerden dieser Praktiken der Geheimdienste ihre Tätigkeiten unterbunden oder eingeschränkt werden". Weiter "hofft er aber, daß durch die zunehmende Information der Öffentlichkeit durch die Presse ein kritisches Unbehagen gegen Tendenzen des Spitzelstaates grössere Bevölkerungskreise erreicht". Das allerdings hoffen wir auch. Doch hier der Bericht als eidesstattliche Erklärung:

Sie werden doch mal 20 Minuten Zeit haben, einen Kaffee mit mir zu trinken ...

„Als ich am Freitag, den 17.10.1980 um 1.00 Uhr mittags ein paar Besorgungen in der Gießener City erledigt hatte und zum Auto zurückkam, grüßte mich ein Mann, den ich nicht kannte: "Guten Tag, Herr Brämer, haben Sie mal eine halbe Stunde Zeit für mich? Ich möchte Sie mal gerne sprechen". Da er wie ein Vertreter oder ein Interviewer eines Marktforschungsinstituts aussah, sagte ich ihm, daß ich es eilig hätte. "Sie werden doch mal 20 Minuten Zeit haben, einen Kaffee mit mir zu trinken. Ich habe Ihren Wagen in den letzten Wochen schon oft in der Stadt gesehen und vergeblich versucht, Sie anzutreffen. Es wäre einfacher, wenn ich Ihnen nicht mehr nachlaufen müßte", erwiderte er und fügte hinzu: "Ich bin vom Bundesministerium. Sie können sich ja schon denken, um was es sich handelt". Jetzt war ich neugierig, was der Typ von mir wollte und was er von mir wußte.

Auf dem Weg zum Cafe machte er Andeutungen wie: mein Auto wäre schon oft gesehen worden, aber das hätte ja nichts zu bedeuten, ich hätte den Wagen ja auch verliehen haben können. Im "Falstaff" stellte er sich vor und zeigte mir seinen Dienstausweis: Rolf Louven, 40 Jahre alt. Um ins Gespräch zu kommen, fingen wir mit einer Diskussion über Aufgaben des Verfassungsschutzes, Berufsverbote, Links- und Rechtsterrorismus an. Auf meinen Einwand, daß der Staat auf dem rechten Auge blind ist und auf dem linken die Lupe ansetzt, wandte er ein, daß einige Minister in Bezug auf das Münchener Bombenattentat den Rechtsterrorismus verniedlichen, daß aber der Innenminister Baum schon immer vor dem Rechtsterrorismus gewarnt habe.

... ein paar Wenige, die im Hintergrund arbeiten ...

Während des Gesprächs stellte er Fragen wie: ob ich immer noch die gleiche politische Meinung hätte wie vor 10 Jahren und wo er mich einordnen soll, als Staatsbejaher, Staatsverneiner oder als jemand, der mit Gewalt gegen den Staat vorgeht. Da er das aus der Akte weiß, drängte ich auf die Zeit und fragte, was er von mir wolle. Ja, er käme jetzt auf den Punkt. Ich hätte schon mal was von Isolationshaft und Gefangenenarbeit gehört. Sowohl beim Links- wie beim Rechtsterrorismus seien es immer nur ein paar Wenige, die im Hintergrund arbeiteten und andere noch unentschlossene Leute für ihre Zwecke einsetzten. Die Leute, die dann als Handwerkszeug benutzt werden, würden später oft ein Leben lang ihre Taten bereuen. Darum sei der Verfassungsschutz da, um das zu verhindern.

Er sagte: "Ich suche einen Informanten. Wir wollen wissen, was in Gießen an illegalen Sachen geplant ist und wie weit die

Jusos bei illegalen Häuserbesetzungen eine Rolle spielen. Wie weit Mitglieder des Juso-Bezirksvorstandes Hessen-Süd mit den "Chaoten" in Verbindung stehen. Informant ist vielleicht etwas hart ausgedrückt. Ich frage besser, ob Sie bereit sind, als Gesprächspartner, so wie heute, sich öfters mit mir zu treffen". Falls ich mal Hilfe brauchte, könnte ich auf seine Unterstützung rechnen. Ich sei ja Sozialpädagoge und mache jetzt eine Umschulung zum Schreiner. Wenn ich später im öffentlichen Dienst mal wieder eine Stelle suche, könne er mir bestimmt Hilfestellung bieten. Es treffe nicht zu, wie einige Zeitungen gerne veröffentlichen, daß der Verfassungsschutz mit Bestechungen arbeite. Aber wie jeder für seine Arbeit bezahlt wird, würde ich auch für Protokolle bezahlt werden.

... im übrigen verfügen wir über Mittel, eine solche Veröffentlichung zu verhindern ...

Da ich im Moment eine Arbeit habe und mir auch nichts davon versprach, zum Schein darauf einzugehen, um ihn aufs Glatteis zu führen und am Ende von diesem geschulten Typ benutzt zu werden, lehnte ich sein Angebot ab. Beim Abschied bat er mich noch, jovial wie die ganze Zeit über, die Angelegenheit diskret zu behandeln, die ja im Grunde genommen gar nichts Außergewöhnliches sei. Er wolle mich in 2 - 3 Wochen nochmal ansprechen und vielleicht hätte ich mir bis dahin das Ganze nochmal anders überlegt und käme nochmal auf eine Tasse Kaffee mit. "Wie geht es denn Herrn und Frau R.?"

Als ich zum Schluß meinte, daß ich mir vorbehalte, das Gespräch in der Zeitung zu veröffentlichen, verzog sich das bisher freundliche Gesicht. Das hätte er nicht gedacht. Er spräche ja vielleicht Leute an und die würden auf die unterschiedlichste Weise reagieren. Einige gingen zum Schein darauf ein und liessen sich dafür bezahlen. "Überlegen Sie sich , daß Sie von Ihren Bekannten auf einmal im falschen Licht gesehen werden könnten. Im übrigen verfügen wir über Mittel, eine solche Veröffentlichung zu verhindern."

Mit beiläufigen Bemerkungen, wieviel er von mir wisse, versuchte er mich einzuschüchtern. Der Spitzel war darauf geschult, Leute anzusprechen und anzuwerben. Ich will den Artikel veröffentlichen, weil ich davon ausgehe, daß ich nicht der Einzige bin, der im Moment in Gießen angesprochen wird. Dazu wäre der Aufwand viel zu groß, nur auf einen anzusetzen, der nachher ablehnt".

Gießen, 2.12.80

Manfred Brämer

Kontakte: Christoph Nix, Otto-Behaghel-Str. 25, Haus D, 6300 Gießen, Tel: 0641-75098
RA Friedrich Schmidt, Friedrichstr. 17, 6300 Gießen, Tel.: 0641-71812

Don Camillo/ID

ERDINGER MOOS

Im ID 347, 356 und 359 berichteten wir über den geplanten Bau des Großflughafens München II und den Widerstand der Bevölkerung im Erdinger Moos.
Durch den Beschluß des bayerischen Verwaltungsgerichts darf nun mit dem Bau des Großflughafens und der damit verbundenen Zerstörung des Naherholungsgebiets begonnen werden . . .
Im folgenden bringen wir eine Chronik der Ereignisse der letzten Tage:

30.10. 1980 Der schwarze Freitag:
Die 17. Kammer des Verwaltungsgerichts München bestätigt die sofortige Vollziehbarkeit der Baumaßnahmen im Erdinger Moos.

02.11. Spontane Demonstration in München:
ca. 250 Münchener demonstrieren gegen den Gerichtsentscheid.
Frankfurt:
14 000 demonstrieren in Mörfelden-Walldorf gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

03.11. Heimlich, still und leise beginnt die Flughafen München GmbH (FMG) mit der Einrichtung der Baustelle.
Während im Erdinger Moos bereits die Bagger arbeiten, hebt das Verwaltungsgericht in Schleswig den Planfeststellungsbeschluß für den Flughafen Hamburg-Kaltenkirchen auf. Begründung: Weder erforderliche, noch ausnutzbare und somit rechtswidrige Überkapazitäten. Der Planfeststellungsbeschluß berücksichtigt nicht, daß in den vergangenen acht Jahren ein "entscheidender Einbruch und Rückgang bei den Flugbewegungen" stattgefunden habe, so das Gericht.
Und bei uns, Herr Lange? (Richter)

04.11. Demonstration im Moos:
Trotz des ungünstigen Wochentages und der winterlichen Kälte zeigen 2000 Flughafengegner mit ihrem gewaltfreien Protest, daß mit ihnen zu rechnen ist. Im Anschluß an die Demonstration zieht ein mehrere Kilometer langer Autokorso durch die Dörfer nach Erding, wo sich ein Demonstrationszug formiert: Mehrere hundert Menschen marschieren durch die Innenstadt.
Am Abend, Neufahrn: Ca. 1000 Bürger ziehen mit Fackeln zum Rathaus und bekunden ihren Willen zum Widerstand.

05.11. Protestversammlung auch in Eching

10.11. Der 11. Senat des Verwaltungsgerichtshofes, der die Beschwerden der Kläger gegen die Bestätigung des sofortigen Vollzugs zu prüfen hat, fordert Akten von der 17. Kammer und der FMG an. Das Justiz-Kammerspiel nimmt seinen ordnungsgemäßen Gang.

11.11. Gewaltlose Blitzaktion in Riem:
Ca. 60 Flughafengegner demonstrieren eine halbe Stunde lang mit Transparenten und Sprechchören in der Abfertigungshalle des Flughafens München Manager, Polizei und Flughafenbedienstete sehen ratlos zu, bis die Demonstraten wieder abziehen.

12.11. Freising: 400 Bürger demonstrieren gegen den Bau des Flughafens.

15.11. Ca. 10 000 marschieren durch die Münchener Innenstadt und demonstrieren ihren ungebrochenen Widerstand gegen dieses Projekt bayerischen Größenwahns. Pfarrer Guggenmoos fordert im Namen der Vereinigten Bürgerinitiativen die sofortige Einstellung der Baumaßnahmen.
Gießen:
Schwere Niederlage für den hessischen Ministerpräsidenten Börner: Mit 2/3 Mehrheit lehnt der außerordentliche Parteitag der SPD in Südhessen die Ausbaupläne für den Frankfurter Flughafen ab.
Wann sich wohl die bayerische SPD-Basis äußert?

16.11. "Gegenbaustelle" im Moos
Eine Gruppe von Flughafengegenern beginnt auf einem Grundstück des Bundes Naturschutz im Flughafengelände mit dem Bau des ersten Widerstandshauses.

18.11. Beamte der Baubehörde des Landratsamtes Erding erscheinen an der Hütte und untersagen den Weiterbau, wogegen sofort Widerspruch eingelegt wird.

19.11. Ca. 100 Flughafengegner besetzen eine Teilbaustelle im Erdinger Moos und blockieren für 1 Stunde die Weiterarbeit. Mit Genehmigung der Arbeit werden Bretter von einem zerstörten Viehunterstand zu dem Widerstandhaus gebracht. Die Poizei schaut zu.

20.11. Bis dahin größter Polizeieinsatz im Moos:
Während Einsatzfahrzeuge die Zufahrsstraßen abriegeln, erscheinen Beamte an der Hütte. FMG-Arbeiter transportieren die Bretter unter Polizeischutz an ihren ursprünglichen Platz zurück.



Fotos: Winfried Kretschmer

20.11. Unter dem Druck der Ereignisse wird nun Tag und Nacht an dem Haus gearbeitet.

23.11. Richtfest:
Ca. 400 ältere und jüngere Menschen feiern die Einweihung des Widerstandshauses. Kaum fertiggestellt, ist es schon zum Ausflugsziel geworden.

24.11. Erdinger Moos:
Erneut besetzen Flughafengegner eine Baustelle im Moos für ca. eine Stunde. Die Polizei schaut wieder zu.
München:
Der 11. Senat des Verwaltungsgerichtshofes lehnt seinen Vorsitzenden Dr. Fritz Czermak wegen der Besorgnis der Befangenheit ab.
Bonn:
Der neue Bundesverkehrsminister Volker Hauff erklärt, die BRD brauche "nur einen weltweit leistungsfähigen Flughafen".

25.11. München:
Der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann weiß es besser: Hauffs Stellungnahme sei "unbedacht und mißverständlich", meint er.

26.11. Franzheim:
Bei Dunkelheit und strömendem Regen werden auf dem Franzheimer Friedhof Leichen exhumiert. Ca. 60 kurzfristig alamierte Flughafengegner beobachten das makabre Schauspiel. Die Polizei beobachtet mit ca. 60 Beamten mit.

28.11. Die Polizei erscheint zum wiederholten Male an der Hütte, beschlagnahmt diesmal Werkzeug und stellt von fünf Personen die Personalien fest.
Erding:
Eine Delegation der Erdinger Bürgerinitiative erscheint auf der Hauptversammlung der örtlichen SPD und fordert die Verabschiedung einer Resolution gegen den Flughafenbau.
Als die Versammlungsleitung versucht, die ohnehin auf das Ende der Tagesordnung geschobene Diskussion abzublocken, und massive Vorwürfe gegen die BI-Vertreter erhoben werden, kommt es zu tumultartigen Wortgefechten.

02.12. München:
Der Prozeß wird festgesetzt. Die Klägeranwälte konfrontieren die drei Richter mit Befangenheitsanträgen, die - wie gehabt - abgelehnt werden.
Zur Aufmunterung wollen 9 junge Flughafengegner dem arg strapazierten Gericht ein Ständchen darbringen und singen das Franzheim-Lied (Auf, auf zum Widerstand - Franheim nimm dein Schicksal in die Hand). Richter Lange weiß die Darbietung jedoch nicht zu schätzen und läßt die neun von der Polizei rauswerfen. Banause!
Erding:
Wegen der Beschlagnahmung des Werkzeugs durch die Polizei (28.11.) wird Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Beamten und Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Nach Ansicht der Anwälte ist eine Beschlagnahmung nur zur Verhütung von Straftaten zulässig; da ein Schwarzbau aber lediglich eine Ordnungswidrigkeit darstelle, sei die Beschlagnahmung rechtswidrig.

03.12. Redaktionsschluß

BI Erding

Kontakt: Wilfried Becker. Franzensbaderstr. 16, 8058 Erding

Richtfest am 23.11.



RECHTE

ANGRIFF GEGEN DIE PRESSEFREIHEIT?

Hamburg/Frankfurt, 12.12.80

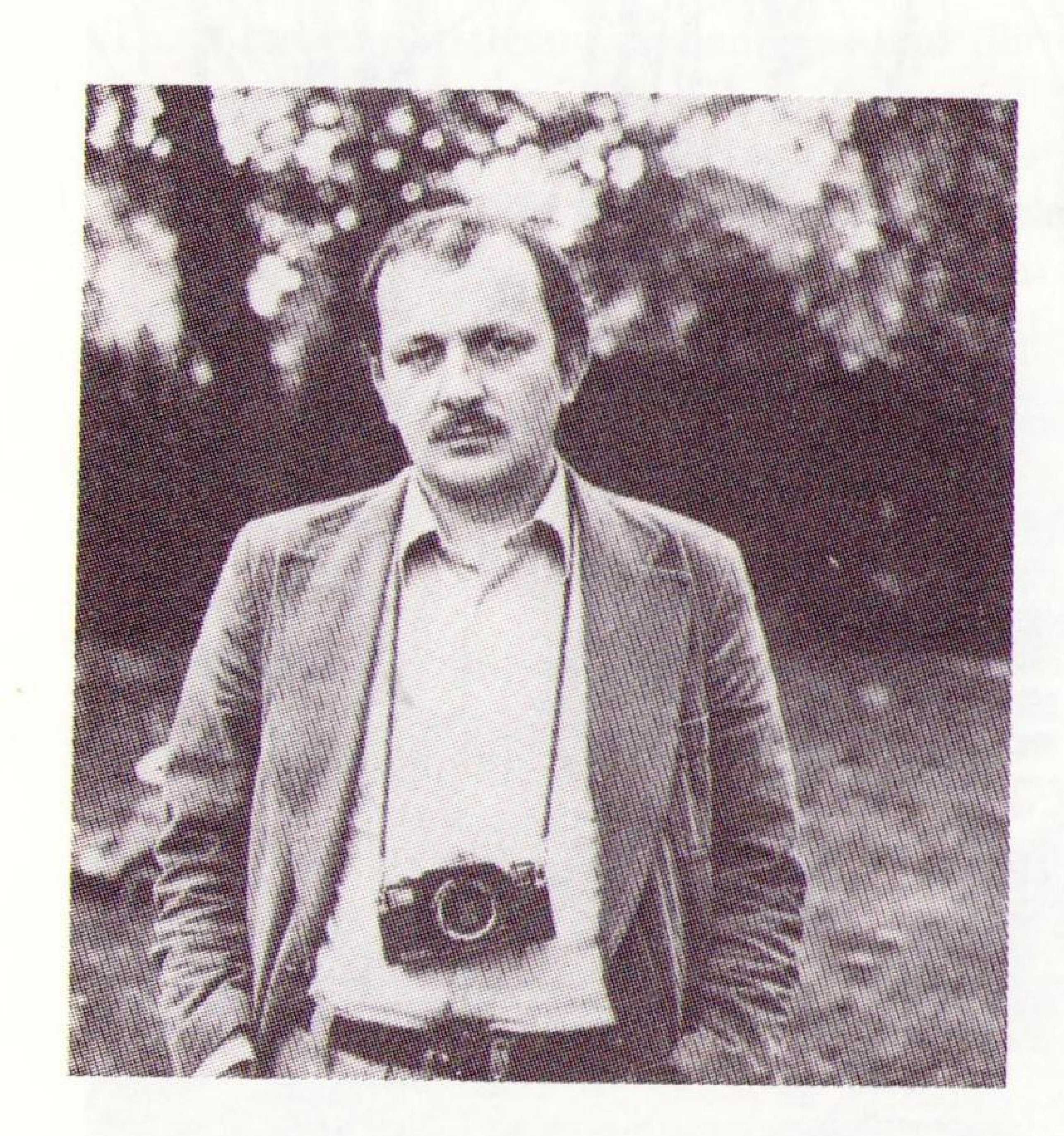
In Frankfurt soll der bekannte Hamburger Pressefotograf Günter Zint am 5. Januar 81 vor Gericht stehen. Angezeigt wurde er von Grenzschutzbeamten, die „ihr Recht am eigenen Bild" verletzt sehen. Doch daß es nicht nur um Persönlichkeitsrechte geht, zeigen die folgenden Beiträge:

Presseerklärung vom 12.12.80:

„Am 5.1.81 findet im Amtsgericht Frankfurt, Gebäude B, Raum 156, um 14.00 Uhr ein Prozeß gegen unseren Berufskollegen Günter Zint statt. Anfang 1980 wurde er von fünf Grenzschutzbeamten angezeigt. Da er durch die Veröffentlichung ihrer Personen in dem Buch „Gegen den Atomstaat" „ihr Recht am eigenen Bild" laut §§ 22, 23 KUG (Kunsturheberschutzgesetz, d. Red.) verletzt habe.

Bei den beanstandeten Fotos handelt es sich teilweise um Gruppenaufnahmen mit mehr als fünfzig dargestellten Personen. In einem der angezeigten Fälle hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main die Anklage erhoben. Man hat aufgrund der Anzeige des Leiters der Film- und Fotodokumentengruppe das Strafverfahren eingeleitet und will nun am 5.1.81 klären, ob sein Recht am eigenen Bild in Uniform mit zwei aus Steuermitteln bezahlten Kameras vor der Brust laut §§ 22, 23 KUG schützenswert ist.





Günter Zint
Foto: Wolf Biermann

Der Prozeß ist für alle in der Bundesrepublik arbeitenden Pressefotografen von großer Bedeutung. Der Ausgang dieses Prozesses wird mit darüber entscheiden, wie riskant es künftig ist, eine Kamera während eines Auftretens der Staatsgewalt zu besitzen.

Die Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen bittet alle Journalistenkollegen, den Prozeßverlauf wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung genau zu beobachten.

Jochen Körner
Hartmut Klenke
Uwe Schaffrath
für die Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen (IHP)."

Kontakt: Günter Zint, pan-foto, Tel.: 040/43 33 73. Termin: 5.1.81, 14.00 Uhr, Gerichtsgebäude B, Raum 156, Frankfurt, Gerichtsstr.



Zwei von den beanstandeten Fotos. Noch sind sie nicht verboten...

Fotos: Günter Zint-pan-foto
aus: „Gegen den Atomstaat",
Gorleben 1979
Verlag 2oo1, Frankfurt

Das Interessante an diesem Fall ist die Tatsache, daß alle Anzeigen fast wortgleich in der Formulierung und derart juristisch ausgefeilt eingereicht wurden, wozu wohl ein „normaler" Beamter kaum in der Lage sein dürfte.

Angeklagt wird Günter Zint nicht nur wegen der §§ 22, 23 KUG, sondern die betreffenden Beamten haben natürlich auch gleich einen „Bereicherungsanspruch" — sprich Geld — angemeldet. Außerdem wurde beantragt, nicht nur die Druckvorlagen, sondern auch gleich die „Vorrichtungen zur Herstellung des Buches" zu vernichten !?!

Das Frankfurter Gericht hält es, so wie wir aus zuverlässiger Quelle erfuhren, nicht nötig, die Beamten vorzuladen, da ihnen die Strapazen der langen Reise nach Frankfurt „nicht zuzumuten" seien. So soll auch ein näheres Befragen der „fotogenen' Beamten von vornherein ausgeschlossen werden.

Daß diese Kampagne gegen Günter Zint anscheinend darauf abzielt, einen Musterprozeß durchzuziehen, der das Recht auf Pressefreiheit weiter einschränken könnte, wäre denkbar. Doch sei zugleich die Frage erlaubt, ob mit dieser (geplanten?) Einschränkung in Zukunft evtl. Fotobeweismittel ausgeschlossen werden, um damit der Freiheit des Knüppels Tor und Tür zu öffnen?

Don Camillo/ID

ZUM PROZESS GEGEN STEFAN WISNIEWSKI

Düsseldorf/Frankfurt 8.12.77

Am 11 Juni 1978 wurde im Rahmen einer Zielfahndungsaktion Stefan Wisniewski in Paris-Orly festgenommen und rechtswidrig, ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Weg des Auslieferungsverfahrens, in die BRD abgeschoben. Vorgeworfen werden ihm u.a. die Beteiligung an der Entführung und Ermordung Schleyers und seiner vier Begleiter im Herbst 1977. (siehe auch ID 251) Den folgenden Beitrag entnahmen wir der Kölner Stadtrevue, Nr. 25 vom Dezember '80:

"Der in diesen Tagen begonnene Prozeß gegen Stefan Wisniewski ist vielleicht der wichtigste Prozeß gegen die Stadtguerilla seit 1977. Die Beschuldigungen gegen ihn lauten u.a.: Beteiligung an der Entführung und Ermordung Schleyers und seiner vier Begleiter. Damit wird die bisher größte Befreiungsaktion für Gefangene aus der Stadtguerilla, die auch zum Tode von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert führte, erstmals Gegenstand eines Gerichtsverfahrens. – Nicht verhandelt wird gegen die Bundesregierung und die staatstragenden Parteien, die sich damals unverblümt (siehe Kasten) zur Opferung des Lebens eines Menschens zum Zwecke der Erhaltung der Staatsgewalt bekannten.

Die Beschuldigungen gegen Stefan Wisniewski beruhen auf den Aussagen des Kronzeugen Volker Speitel, die schon in mehreren Strafverfahren zu langjährigen Urteilen geführt und damit der Beweisnot der Gerichte abgeholfen haben. Volker Speitel lebt heute auf Kosten des BKA mitten unter uns.

Stefan Wisniewski unternahm im Frühjahr dieses Jahres einen Ausbruchsversuch aus der JVA Frankenthal. In dem Prozeß, der deshalb gegen ihn geführt wurde, wurde er im September zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. In seiner 'Erklärung zur Sache' in diesem Prozeß schildert er die letzte Phase seines gescheiterten Ausbruchversuchs und seinen Aufenthalt im Bunker der JVA Frankenthal:

Jetzt aber reißt mich die Meute vom Boden, ich bin in diesen vielen Armen und Beinen nur noch ein Papierschnitzel. Auf den Steinboden klatscht man mich, und jeder hoch, runter, nochmal . . Jetzt hat die Stunde der Hinterbänkler geschlagen. Die Kleider werden mir restlos vom Leib gerissen, einer in Zivil packt meine Haare und haut den Kopf in rhythmischen Gleichklang auf den Steinboden. Der Anblick eines geifernden Poli Wolfs ist das letzte, was ich seh, bevor mir schwarz vor den Augen wird. Ich höre noch die Stimme des Sanis, daß das jetzt zu weit ginge, sie sind nicht homogen, es sind einfach zuviele.
Einer in Zivil sagt, man braucht mich n o c h lebend, diese Logik setzt sich dann auch durch. Was würde auch Richter Wagner dazu sagen, die Exekution schon vor dem Standgericht. Sowas von peinlich, die Sozialdemokratie hat das bisher immer etwas geschickter angestellt.
Runter in den Bunker, den kenn ich schon. Es gibt hier absolut nichts außer weißen Wandkacheln, ein paar Glasbausteinen als Fensterersatz und ein französisches Stehklo, das nur von außen bedient werden kann. Unter der Erde ist dieser Bunker aus jeglichem Leben - und sei es nur der Geräuschkulisse - der Anstalt herausgerissen, die Bedingungen sind sehr eng an denen dran des „Raums im Raum", wie sie von den Forschungsprojekten zur Verhaltensveränderung und Manipulation als Grundlage verwendet werden. Eine Dauerüberwachung durch zwei Spione in der Stahltür ist Standard.
Es wird das Fesselbrett gebracht, da für mich die Manschetten zu klein sind, werde ich über 'ne Unzahl von Ketten und Handschellen so daruf festgeschnallt, daß meine einzige Bewegungsmöglichkeit bleibt, etwas mit dem Kopf zu wackeln.
Doch da nützt alles Wackeln nichts, in der Decke sind sechs fette Neonröhren eingebaut, die Tag und Nacht gleichstark Wahnvorstellungen in die Gehirnmasse brennen. Da hilft auch Augenschließen nichts dagegen, schon nach Minuten flimmerts durch, dieser unerbittlichen Strahlenkonzentration muß im wahrsten Sinne des Wortes immer wieder ins Auge geblickt werden.
Schon nach einer halben Stunde kriege ich nen Wadenkrampf, ohne was zum Gegendrücken, scheint er sich ewig hinzuziehen, die Entspannung könnte nur übers Gehirn laufen, aber da brennt's ja die ganze Zeit rein.
Schießen und pinkeln kann man nur, wenn man auch bereit im eigenen Dreck liegen zu bleiben, ich entschließ mich deshalb, so lang ich hier lieg, nichts zu fressen und zu saufen, es wär eh nur ein Einlöffeln.
Es muß Stunden später gewesen sein, durch einen Schacht bläst eine Art Klimaanlage etwas Luft in den Raum. Nacht und bewegungslos merkt man jedes kleine Luftzüglein über die Haut streichen, es ist nur kalt, es fröstelt und ich bekomm ne Gänsehaut, obwohl die Neonröhren unverändert weiter auf meine Birne brennen.
Jetzt muß ich an jenen Yugo denken, der mir erzählt hat, daß er hier in Panik kam, weil er immer dachte, durch die Klimaanlage könnte Gas in den Raum eindringen.
Ich hab ihm noch ellenlang erklärt, daß die Sozialdemokratie das heute anders macht.
Doch auch grad hier ist es so wichtig, gegen den kolonialistischen Ballast zu kämpfen, der aufs Hirn drückt. Man muß sich selber und dem, was man gemacht hat, so umgehen können: daß sich alle Kräfte auf das, was aktuell und danach zum Widerstand erforderlich ist, konzentrieren können.
Ich erinnere mich, was Koroversis schrieb: . . . es gibt Genossen in anderen Ländern, die haben gesiegt, ich weiß. Aber das ist schließlich auch das Ziel: zu siegen und nicht zu sterben. Aber um siegen zu können, müssen wir sterben können, und um sterben zu können, müssen wir das Leben lieben.
Selten war mein Körper so nackt, selten meine Bewegungsmöglichkeiten so reduziert, und auch die Perspektive Einzelisolation danach machten die Aussichten nicht gerade rosig. Aber nicht oft habe ich dieses elendige Leben so sehr zu schätzen gewußt wie in diesen 24 Stunden auf dem Fesselbrett. Nicht weil ich überlebt, sondern weil ich gelebt habe. Niemand





GSG 9 im Training

kann mir, und, diese Stunde mehr wegnehmen. Hunderte Jahre von einem Leben als Sklave der Macht werden immer mickriger bleiben müssen, als auch nur eine Minute aus so einer Stunde.
Nach diesem Fesselbrett sind aber erst nochmal zwei Tage Bunker ‚en normale' zu besiegen. Ich bekomm jetzt eine kurze Turnhose und ein Unterhemd, sonst bleibt alles wie vorher, das Fesselbrett ist draußen, dafür läuft man sich die nackten Füße auf den gerippelten Bodenplatten wund.
Waschen gibt es überhaupt nicht, das Fressen auf einem Plastikteller wird mit der Hand verschlungen, mit der man sich vorher den Arsch abgeputzt hat. Der Finger ist auch gleichzeitig die Zahnbürste. Toilettenpapier gibt es pro Tag nur sechs Seiten. Man sagt mir, daß eine Rolle sonst des Nachts als Kopfkissen mißbraucht werden könnte.

Warum mußte Schleyer sterben?

Bundespräsident Scheel im Oktober 77 über den Terrorismus und die Notwendigkeit Schleyer zu opfern:
„Wenn diese Flamme nicht rechtzeitig erstickt wird, wird sie sich wie ein Flächenbrand über die ganze Welt ausbreiten (. . .) Hätten die Gefangenen Terroristen freigegeben werden können, so wäre das wohl der Beginn jenes Flächenbrandes gewesen, von dem ich sprach. Das aber ist nicht geschehen. Hanns Martin Schleyer ist gestorben. Für uns alle, nicht für für uns Deutsche, ist die Chance erhalten geblieben, die Gefahr des Terrorismus zu bannen. Wir verneigen uns vor dem Toten. Wir alle wissen uns in seiner Schuld. Im Namen aller deutschen Bürger bitte ich Sie, die Angehörigen von Hanns Martin Schleyer, um Vergebung."

Da die Füße schmerzen, krapscht man nach wenigen Stunden mit den Händen auf dem Boden rum, halt alles wie ein Tier. Sie wollen uns beweisen, daß wir noch weniger als Tiere sind.

In der Stahltür hat einer seinen Namen eingeritzt. Ich kenn ihn gut, wie hat er das geschafft, es gibt hier absolut nichts zum Kratzen, wenn ich's auch geschafft habe, meine sechs Seiten Toilettenpapier zu 'nem Schachspiel umzubauen, aber darauf komm ich nicht.
Aber viel wichtiger ist, in diesen paar Buchstaben liegt die Gewißheit, daß man nicht mal hier allein ist: wir sind nie allein, wenn wir Widerstand leisten. Und trotzdem wird's höchste Zeit, daß wir endlich mehr werden.
— die Illegalität organisieren
— den Widerstand bewaffnen
— die Kämpfe proletarisch internationalistisch führen.
Und jetzt, Richter Beutel, können Sie mich für diese eine Stunde Leben hunderte von Jahren in Isolationshaft stecken. Die Geschichte wird ihren Taten weniger zugestehen als einer zerplatzenden Seifenblase. Sie sind nur der Tod. Faschismus ist immer der Tod.

Stefan Wisniewski
Gefangener aus dr RAF

Kontakte: RA Funke, 6ooo Frankfurt/Main-1, Münchener Str. 22, Tel.: o611 - 233791

RA Edith Lunnebach, Tel.: o221 - 6199o

Prozeßtermine: Der Prozeß findet statt in Düsseldorf, Gerichtsgebäude Tannenstraße, Polizeikaserne jeweils 9,3o Uhr Mittwoch 17.12., Donnerstag 18.12., Freitag, 20.12., Montag 23.12 80

DER FEILING–PROZESS DREHT SICH GRADLINIG IM KREIS

Fragen für den Justizapparat, Fragen für die Linken

Frankfurt,10.Dezember 1980

Am 23.Juni 1978 wurde der Heidelberger Student Hermann Feiling, damals 27 Jahre alt, von einem selbstgebastelten Sprengsatz schwer verletzt: er ist daran erblindet und hat beide Beine verloren. Außerdem hat er epileptische Anfälle. Ihm und zwei Frauen, Sybille Straub aus Heidelberg und Silvia Herzinger aus Frankfurt, wird zur Zeit vor einer Staatsschutzkammer in Frankfurt der Prozeß gemacht. (siehe ID 254,359,360)





Die Anklage lautet auf Bildung einer "terroristischen Vereinigung"(§ 129 a des StGB) für alle drei Angeklagten. Sie stützt sich einzig auf Aussagen, die Feiling gemacht hat, als er nach Überzeugung der Verteidiger absolut vernehmungsunfähig war: in vollständiger Benommenheit, im Schock und in der Ungewißheit nach dem Unfall, im ungwohnten Zustand völliger Dunkelheit, gegenüber Personen, die sich ihm zum Teil als Nicht-Polizisten zu erkennen gaben, um sein Vertrauen zu erschleichen. Die "Vernehmungsprotokolle" wurden bereits im Prozeß gegen Enno Schwall und Gerd Albartus verwendet (diese sollen ein Attentat auf ein Kino geplant haben, in dem ein Anti-Guerilla-Film lief). Geht es nach dem Willen des GErichts (bis jetzt), so sollen zumindest die beiden Mitangeklagten Feilings mit Hilfe dieser Protokolle in den Knast gebracht werden. Feiling selbst wurde für verhandlungsunfähig erklärt; nach üblicher Rechtsprechung darf er ohnehin nicht mehr verurteilt werden; er gilt als "genug gestraft".





Wir bingen hier Informationen zum Prozeßverlauf, Feilings eigene Darstellung seiner Position zum Prozeßbeginn und eine Klarstellung über die Initiative, die sich für die Angeklagten gebildet hat. So verwirrend der Prozeß ist: es läßt sich eine Menge daraus lernen. Der Justizapparat scheint überfordert, steuert einen Zickzackkurs. Aber auch innerhalb der Linken werden Fragen aufgeworfen und Kritik laut.

Darum geht es:

Wer wollte den Prozeß als Propaganda-Forum?

Welche Konsequenzen zieht Feiling, angeblicher Täter und jedenfalls Opfer, aus der Katastrophe vom Juni 1978?

Gibt es eine linke Moral, wie Genoss(inn)en sich zu Prozessen verhalten "müssen"?

WER WOLLTE DEN PROZESS ALS PROPAGANDAFORUM?

Klar ist, daß ursprünglich jedenfalls der Justizapparat irgendwelchen Revolutionären Zellen, also der Stadtguerilla, einen Schauprozeß machen wollte. Dazu mußten Feilings "Geständnisse" im Prozeß vorgetragen werden; und dazu sollte Feiling am Prozeß teilnehmen. Am ersten Prozeßtag, dem 25. November, schien die Teilnahme Feilngs dem Zufall überlassen. Max Watts als Prozeßberichterstatter (unter anderem für den ID) hatte den Eindruck, das Gericht mache Feilings Teilnahme davon abhängig, ob seine Heidelberger Freunde ihm eine Mitfahrgelegenheit bieten! Und das hatte seine Logik. Denn: einen Blinden und Beinamputierten zwangsweise vorzuführen oder aber zweifelhafte "Geständnisse" gegen die "Revolutionären Zellen" verwenden – wer hätte von dem Skandal eher profitiert, das Gericht oder die Angeklagten?



Aus Watts' Bericht:

Rechtsanwalt (RA) Baier weist auch daraufhin, daß für Feiling eine Prozeßbeteiligung lebensverkürzend und lebensgefährdend sei, da es zu weiteren "epileptischen Anfällen mit irreparablen Schäden" kommen könnte. Applaus für den Staatsanwalt: Oberstaatsanwalt (OSTA) Eckert erwidert dem RA Baier, daß ja genügend Ärzte Feiling als vernehmungsfähig bezeichnet hätten (ich würde gerne diese Ärzte kennenlernen, um sie medizinisch jedenfalls zu meiden). Dann fähr der OSTA fort: "Es wäre für einen Rechtsstaat beschämend und katastrophal, wären die Vernehmungen so abgelaufen, wie hier geschildert."

Großer Applaus des Publikums. Verblüffung des OSTA und des Richters, der den Saal zu räumen droht. In einer weitern Fortführung, als OSTA Eckert den Vergleich zwischen einem lebenslang erblindeten Richter und dem erblindeten Feiling, den RA Baier vorher gemacht hat, als nicht zulässig erklären will, begründet er dies: "Feiling hat ja die von ihm geschilderten Fakten als Lebender erlebt."

Entsetzen im Publikum – "Lebender" – OSTA Eckert korrigiert etwas verwirrt: "...als Sehender gespeichert." (...) Doktor Sigmund Freud hätte sich gefreut.



Ein Problem ist noch nicht geklärt: ob Hermann Feiling überhaupt zum Gericht kommen wird? Seine Freunde versuchen ihn mit allen ihren Möglichkeiten zu unterstützen, aber sie sind nicht bereit, ihn zum Prozeß hinzuchauffieren:



"Wir haben bisher versucht, Hermann soweit es in unseren Möglichkeiten steht ... zu unterstützen, da wir wollen, daß er seine Kräfte und Fähigkeiten behalten und weiterentwickeln kann. Aber dieses Verfahren hier macht Hermann möglicherweise zu einem Schwerkranken. Wir sind nicht bereit, das Gericht zu unterstützen. Das bedeutet, wir werden KEINE Handreichungen machen, die Hermanns reibungsloses Erscheinen hier gewährleistet. Wir sind nicht bereit, uns zu Komplizen der Unmenschlichkeit zu machen."

Die umgekehrte Überlegung gab es offenbar auch: daß Feiling aus eigenem Interesse teilnehmen sollte, um den Prozeß zur Anklage gegen den Justizapparat zu machen. So hieß es in der Erklärung zum Prozeßbeginn, herausgegeben von der "Initiative für Hermann, Sybille und Silvia":

Wir würden uns deshalb nicht wundern, wenn das Gericht (das bis jetzt anders denkt), Hermann Feiling am Ende doch noch die Verhandlungsunfähigkeit zugesteht. Man wäre dann auf noch besserem Niveau, man hätte:

a) eine "Aussage" eines Bewußtlosen, aber von "bewußten" Beamten gezeugt, und

b) müßte man jetzt nur noch dies aussagenstiftende Subjekt aus dem Gerichtssaal verbannen, wo er ja doch nur dementiert und im übrigen seine bloße Anwesenheit zur wahren Anklage würde.





Damit wäre man nämlich erst recht eigentlich ganz unter sich: von der "Aussage" bis zur Verurteilung ohne das delinquente Subjekt. "Aussage" wie Prozeß liefen dann also in funktionabler Selbsttätigkeit ohne jenen, um den es angeblich die ganze Zeit sich dreht. Was macht es da, daß heutzutage selbst in Südkorea die zuvor Gefolterten noch den Gerichten zugeführt werden – und damit einer gewissen Öffentlichkeit.

Inzwischen ist diese Frage gegenstandslos geworden: das Gericht hat am 27. November aufgrund des geänderten Gutachtens des Psychiaters Stavros Mentzos Feiling für verhandlungsunfähig erklärt. Wessen gespenstische Propagandaschau damit geplatzt ist, steht noch dahin. Aber die andere Folge von Prozessen, die nicht jeder jederzeit dem politischen Effekt opfern wird – es geht schließlich um die extreme Belastung der Angeklagten im Verfahren selbst und es kann um Jahre im Knast gehen – diese Folgen sind wahrscheinlich gemildert. Aufatmen.





WELCHE KONSEQUENZEN ZIEHT FEILING AUS DER KATASTROPHE?

Hermann Feiling hatte zum anstehenden Prozeß eine Erklärung verbreiten lassen, in der es heißt:

Während die Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien in der Nähe von Folterzentren zu Ende kam und die Bundesregierung zynisch die Aufnahme von 500 argentinischen politischen Gefangenen versprach, explodierte mir ein Sprengsatz zu Hause . Er war für das argentinische Konsulat in München bestimmt. Ich verlor durch den Unfall beide Augen und Beine... Mir und zwei mitangeklagten Frauen wird vorgeworfen, Mitglied der Revolutionären Zellen zu sein.

In dem geplanten Prozeß soll die Sinnlosigkeit linksradikalen militanten Widerstandes vorgeführt werden. Wenn ich auch durch den Unfall nochmals erfahren mußte, welches Risiko mit diesem Kampf verbunden ist, so weiß ich auch, daß meine Ankläger, die diesen Widerstand am liebsten nach Kabul schicken würden, eine ganz andere Gewalt verteidigen.(...)

Es gab und gibt ja auch in der Bundesrepublik soziale Bewegungen, z.B. Anti-AKW-Initiativen, Frauenbewegung und Fahrpreiskampagnen, die nicht gering geschätzt werden können...

Revolutionäre Zellen haben sich an den Auseinandersetzungen beteiligt, indem sie über Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen gegen AKWs usw. hinaus, Möglichkeiten des Kämpfens zeigten.

Ich finde diese Ideen richtig, hatte jedoch am 23.6.78 den genannten Unfall. Damit geriet ich beim Widerstand gegen die Verhältnisse in Argentinien selbst quasi in argentinische Zustände.

...

Gleichgültig,ob es Krimi oder Realität ist, was Feiling in seiner Erklärung zu dem Zweck des Sprengsatzes sagt, die Frage an ihn heißt: hätte ein symbolträchtiges Loch in der Mauer irgendeines Folterstaats-Konsulats deine Verstümmelung, oder das Risiko deiner Verstümmelung, gelohnt? Davon ist in der Erklärung mit keinem Wort die Rede. Schweigen.



Gibt es eine linke Moral für Angeklagte?

Ich kenne Menschen, die ich jederzeit mit dem altmodischen Wort 'Genoss(inn)en' bezeichnen würde, die wegen angeblicher terroristischer Verbrechen vor Gericht standen. Gleich ob sie jemals etwas mit der Perspektive der Stadtguerilla gemein hatten oder nicht: sie haben sich sehr, sehr verschieden zum Prozeß verhalten. Einige sind durch den 'Baum'schen Tunnel' gekrochen: eine feierliche Absage an die Gewalt vor dem Staatsapparat aussprechen, der niemals das Recht hat, eine solche Absage entgegenzunehmen, und dann mit "niedrigem Tarif" davonkommen. Freilich mit dem Verdacht moralischer Niedertracht gegen sich selbst. Einige haben zugeknöpft, juristisch korrekt auf die Beweise des Justizapparates gewartet, sich politisch nicht geäußert. Sie haben so etwas wie den Durchschnittstarif bekommen. Einige haben sich politisch geäußert, die Brutalität und Hysterie der Terroristenhetze angeklagt, die Haftbedingungen angegriffen: sie erreichten eine gewisse Unterstützung der liberalen Öffentlichkeit, des 'Spiegel' oder 'Stern'. Einige haben Verteidigungsreden für die Ideen der Stadtguerilla gehalten und oft erst im Prozeß dem Gericht die "Delikte" geliefert, wegen derer sie die Strafen mit kräftigem 'Gesinnungszuschlag' bekamen.

Wer den ID liest, findet für alle diese Verhaltensweisen Beispiele. Ich finde sie alle persönlich vertretbar, politisch nicht. Selbst jene greuliche Turnübung des Kriechgangs durch den Baumschen Tunnel kann eine persönliche vertretbare Taktik sein, bei der die politische Identität erhalten bleibt. Aber niemand kann versuchen, Angeklagten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie beides berücksichtigen: dem Staat einen Skandal zu machen, aber auch mit möglichst heiler Haut davonzukommen. Wieviel Jahre Knast mir die öffentliche Propaganda im Prozeß wert ist, muß ich selbst wissen; ein Heuchler, wer mir da was vorschreiben will.

Das muß vorausgeschickt werden, wenn eine Berichtigung gemacht wird: Silvia Herzinger verhält sich anders zum Prozeß als Hermann Feiling und Sybille Straub. Wie, das wird sich zeigen; vorerst will sie mit der ganzen Scheiße nichts zu taun haben, und bekanntlich schiebt jede(r) die Belastung eines Prozesses, der in dein ganzes Leben, in alle Tage und Nächte hineinkriecht, gerne möglichst weit von sich. Die "Initiative für Hermann, Sybille und Silvia" ist ohne Silvia Herzingers Dazutun zustandegekommen. Die "Initiative" kann nicht für Silvia Herzinger sprechen: das hat diese durch ihren Anwalt (unfein,sagen manche) deutlich erklären lassen. Geht es in die Köpfe der Linken rein, daß dies weder eine Entsolidarisierung der "Initiative" gegenüber Silvia noch eine Distanzierung Silvias von der "Initiative" oder ihren beiden Mitangeklagten ist? Hoffentlich.

Richard / ID





Kontaktadressen und Termine:
Hermann Feiling, über Rechtsanwalt Baier, Karl-Ludwig-Str.14, 6800 Mannheim, Teil. 0621 / 44 20 36 ,Sybille Straub, über Rechtsanwalt Kempf, Mainzer Landstr.147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611 / 73 01 01, Silvia Herzinger, über Rechtsanwälte Golzem, von Plottnitz, Hochstr.52, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611 / 28 01 41
Max Watts über ID (wie einfach!)
"Initiative für Hermann, Sybille und Silvia", c/0 WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel, Tel. 06171 / 73 212, und Rahmengasse 6, 6900 Heidelberg, Tel. 06221 / 40 849

Prozeßtermine: Dienstag, 16.12., Donnerstag 18.12., Dienstag, 23. 12., 30.12., 6.1.81, 8. 1.81 – jeweils um 9.30 Uhr im Landgericht Saal 146, Geb. A, Gerichtsstraße, Frankfurt

„Hier werdet ihr nicht gebraucht"

Bericht aus dem italienischen Erdbebengebiet

In den ersten Tagen nach dem Erdbeben existierten staatliche Behörden in den betroffenen Gebieten nicht. Einheiten des italienischen Heeres waren zwar da, aber schlecht organisiert. So kam die erste Hilfe vor allem von Freiwilligen, in erster Linie von jungen Leuten, die aus anderen Teilen Italiens angereist kamen, oder von Emigranten, die in aller Eile zurückgekehrt sind. Allein von VW Wolfsburg waren es 500. Diese freiwilligen Helfer arbeiten auf breitester Ebene zusammen mit den Gewerkschaften und linken Organisationen. Die Arbeit der Freiwilligen wurde von den Behörden von vornherein mit Mißtrauen angesehen bzw. boykottiert. Vier Freiwillige aus Rom berichten von den Erfahrungen ihrer Gruppe: 40 Leute, die bei den Bergungsarbeiten helfen, eine Apotheke aufmachen und ein Verteilungszentrum für Lebensmittel und Bekleidung einrichten:



Calabritto

"Um zwei Uhr nachts kamen wir in Calabritto an. In Nachbarorten war uns gesagt worden, daß man unsere Hilfe absolut nicht brauche. Auch in Calabritto war das erste , was uns gesagt wurde: 'Hier gibts nichts auszugraben, es sei denn für den Friedhof.'

Wir entschlossen uns zu bleiben und machten uns dran, unseren Lastwagen zu entladen. Ein Mann kommt zu uns und 'rät' uns, nicht alles den Leuten zu geben. Es gäbe ein Komitee, das dafür zuständig sei. In den folgenden drei Tagen haben wir nichts von diesem Phantasiekomitee gesehen und jenen 'zuvorkommenden' Menschen auch nicht.

Am nächsten Tag machten sich 9 Genossen zu Bergungsarbeiten auf den Weg. Die, die bei den Zelten geblieben sind, wollen sich etwas umsehen, um die Situation einzuschätzen. Unter dem Portal des Rathauses liegen Berge von unbewachten Müllsäcken — voll von Lebensmitteln und Bekleidung . Von den Erdbebenopfern werden sie überfallartig in Besitz genommen. Durch unser Eingreifen kommt in dieses Chaos ein wenig Ordnung beim Verteilen; jemand verkauft Obst, es gibt ein "Geschäft" für Lebensmittel...

Wir gehen ins Rathaus rein. Zur Linken liegen in einem Sitzungssaal Tausende von Medikamente über den Boden verstreut herum. Drei Leute vom Roten Kreuz sind damit beschäftigt, in dem Riesenhaufen Schachtel für Schachtel zu katalogisieren. Eine Wahnsinnsarbeit, ein Glück, daß diejenigen, die das beruflich machen, die Medikamente schon äußerlich an den Farben einordnen können. Ein paar Tage später haben die drei es geschafft, eine Art Apothekendienst einzurichten. Die Arzneimittel sind zum Teil zu alt, zum Teil die Fläschen kaputt, andere völlig überflüssig wie Hormonkuren usw. Hier in diesem Riesendurcheinander zu plündern, ist wirklich einfach. Man braucht nur von den gewünschten Medikamenten einige Schachteln einzustecken und schon ist es geschafft.

Die einzelnen Räume im Rathaus bekommen also neue Aufgaben: einer wird Apotheke, einer Lebensmittelgeschäft, ein anderer Selbstbedienungsladen für die unterschiedlichsten Sachen. Ein Stadtrat — der einzige, der nicht lügt — opfert sich mit uns zusammen auf, ausdrücklich stimmt er den Arbeiten, die wir angefangen haben, zu. Er ist ein junger Typ von der Sozialistischen Partei. Ihm stellt sich die 'ehrenwerte' Person des Bürgermeisters entgegen, Christdemokrat ist der, und nach drei Tagen nach dem Beben auf wundersame Weise aufgetaucht. Er kümmert sich — übrigens halbtags — um Warennachschub.

Die Bevölkerung von Calabritto zeigt uns Freiwilligen gegenüber offenes Vertrauen. Angst haben sie hauptsächlich vor Plünderungen, wir bitten die Armee um Schutz dafür, der uns aber verweigert wird: für sowas habe sie keine Befehle erhalten.

Es fehlt an Insulin und Antidiabetikerpillen: wir wollen welche anfordern, aber die Karabinieri weigern sich, dafür ihr Sendegerät zur Verfügung zu stellen (Telefon gibt es nicht). Es gibt noch andere — milde gesagt — "eigenbrötlerische" Geschichten, z.B. die von einem völlig durchnäßten Mädchen, das Leute von der kommunistischen Jugendorganisation FGCI aus Mailand um heiße Milch bat und sie mit der Begründung nicht bekam: 'Du bist nicht von uns' ...

Zwei Karabinieri kommen in das Lebensmittelgeschäft und

halten Ausschau nach den besten Sachen, die da sind. Wir erkundigen uns und erfahren, daß von den Hilfsleistungen (also auch den Lebensmitteln) nur Zivilpersonen profitieren dürfen. Von diesem Augenblick an sind auch wir eine Art "Autorität": Karabinieri, die in unseren Laden kommen, werfen wir wieder raus. Immer gelingt uns das nicht, aber wenigstens können wir verhindern, daß sie einige Windjacken an sich nehmen. Auf der anderen Seite: total durchnäßt sind wir alle, auch sie.

Zur Aufmunterung genehmigen wir uns eine Flasche Kognak, wir geben zu, daß wir sie "gestohlen" haben. Aber zu unserer Entschuldigung muß man sagen, daß wir glasklare Prinzipien hatten. Um 11 Uhr abends kommt ein Lastwagen an, der uns 200 Pakete mit sterilen Mullwindeln auspacken will. Wir erklären, daß wir das überhaupt nicht brauchen, daß die Verwundeten schon weg sind und daß es besser ist, das ganze Zeug auf mehrere Orte zu verteilen. Nichts zu machen, der 'Apotheken' raum füllt sich mit Mullwindeln...
Wir bekommen die Erlaubnis, in den Räumen des Rathauses zu schlafen, da sich hier unsere Arbeit abspielt und unser Zelt unter Wasser steht. In der Nacht kommen dann Teigwaren und Brot in ausreichender Menge an. Es gibt allerhand Probleme anzugehen, z.B. ist da ein Drogenabhängiger, der als Freiwilliger tagsüber bei den Aufräumungsarbeiten schwer geschuftet und die Toten unter den Trümmern hervorgezogen hat – und der nachts fürchterlich Angst und Depressionen bekommt.
Auf dem Friedhof heben vier von unserer Gruppe ein Massengrab aus. Die Leute aus Calabritto protestieren, sie wollen, daß jeder Tote weiterhin einen Namen und eine Geschichte hat. Die Arbeiten werden von dem dichten Regen unterbrochen, der aus dem Friedhof einen See macht.
Am nächsten Tag nimmt die Arbeit überhand: Bergungsarbeiten, Sicherstellung des Nachschubs, Verteilung, Sortieren, Registrieren. Schnell arbeiten schaffen wir nicht in dem Durcheinander. Wir sind ungefähr 40 Leute, aber das reicht nicht. Wir schaffen es noch nicht einmal, daß alles, was abgeladen wird, in den Regalen verstaut wird. Auf den 10 Metern, die die Lastwagen vom Eingang des Rathauses trennen, findet ein friedlicher Ansturm auf alle möglichen Kleidungsstücke statt, vor allem auf regenundurchlässige Sachen, wie Schuhe und Schlafsäcke.
Am vierten Tag nach dem Beben gibt es wieder Licht. Noch besteht Hoffnung, Menschen lebend zu bergen, und in der Bevölkerung hält sich die Überzeugung, es gäbe Lichtzeichen von Verschütteten unter den Trümmern. Die Behörden sind skeptisch, aber viele Leute finden sich in ihrem Glauben bestätigt, als noch nach einer knappen Woche eine Frau lebend geborgen wird.
Es kursieren komische Geschichten, z.B. würden sich die Bahren der Toten auf dem Friedhof selbständig machen und wie auf einem kleinen Fluß ins Tal hinuntersegeln... Es steckt Angst hinter diesen Geschichten, Angst vor Epidemien. Auch wenn es bisher keine Infektionen gegeben hat. Real ist die Gefahr vor Lungenentzündungen und Bronchitis, und leider fehlt es in diesem Berg von Medikamenten an Antigrippetabletten und Antibiotikapillen. Die Ärzte arbeiten hart. Auf dem Sportplaz machen vier Fachärzte am laufenden Band Impfungen, und in der Nähe des Rathauses wurde ein Zelt zu einem kleinen Lazarett: auch ein dringender Blinddarm wird dort operiert.
Die Freiwilligen sind inzwischen total erschöpft, es gab schon Ohnmachtsanfälle und schwere psychische Krisen. Neue, frische Leute müssen her.
Laufend kommen jetzt Hilfsleistungen an: jeder Raum im Rathaus ist übervoll damit. Auch die Schule ist deshalb zu einem Lagerraum geworden. Der Wert der angekommenen Güter geht in Millionen Mark.



Calabritto

Wir werden gefragt, ob wir willens und fähig sind, zum Verteilungszentrum auch für die benachbarten Ortschaften zu werden. Wir wären glücklich, diese Arbeit zu machen, aber wir sind mit unseren Kräften am Ende."
Aus: Lotta continua vom 4.12.80

Spenden für die Erdbebengeschädigten
bitte überweist auf das ID-Postscheckkonto 52 52 28 - 602, Postscheckamt Frankfurt, Stichwort: Erdbeben.



NEAPEL:

Ein unterirdisches Tam-Tam war kurz nach dem Erdbeben, das Neapel nur am Rande erfaßte, zu hören, gleich nach den Erdstößen. Ein Tam-Tam, das allen galt: Händlern und Arbeitern, städtischen Angestelleten und Anwälten, Tankwarten, Apothekern und Bäckern. Seine Botschaft war ausgesprochen eindeutig: Neapel ist Opfer des Erdbebens, die Angst ist riesengroß, nach Hause geht man nicht, und noch weniger zur Arbeit. Mit einer unglaublichen Einstimmigkeit wurde so die nächste Woche zu einer Woche der Pause, zu einer Woche des Schreckens.

Wer verschreckt ist, den kann man um nichts fragen. Und so war in den ersten Tagen nach dem Beben alles zu: montags, dienstags, mittwochs. Das Einzige, was offen war in diesem perversen Mechanismus, war die Familie. Jeder für sich und Gott für alle, das hieß konkret: jeder für seine Familie. Außer ihr funktionierte so schnell nichts.

Sicher, aber im Vergleich zur Katastrophe in den Bergen des Appenin nur sehr wenig. Es gab einige Tote, ein schlecht errichtetes Gebäude ist eingestürzt, viele Häuser, die vorher schon kaputt waren, sind nun nicht mehr bewohnbar. Inzwischen gibt es an die 50.000 Wohnungslose vor allem aus dem sanierungsbedürftigen historischen Zentrum Neapels.

Aber in den ersten drei Tagen haben längst nicht nur die Obdachlosen auf den Straßen übernachtet. Es waren Hunderttausende, für die die Stadtregierung auch nichts anderes wußte, als warme Spaghetti kostenlos auszugeben. Zu diesen Hunderttausenden kommen noch die Tausende dazu, die Richtung Norden geflohen sind, — wer auch immer sich das erlauben konnte. Neapel war blockiert, als unbewohnbar angesehen von seinen eigenen Bewohnern. Und diese Haltung wurde von den gewerkschaftlichen und linken Organisationen einschließlich der Stadtregierung unterstützt. Ein Drama.

PANIK-STADT

Diese Einmütigkeit, daß Neapel Opfer des Erdbebens geworden sei, war nicht nur eine soziale, sondern auch politische. Wenn die Eisenbahner nicht arbeiten gingen, wenn bei der zentralen Milchverarbeitung Neapels gerade 5% der Bediensteten da waren, wenn die Fabriken geschlossen waren, dann war es auch die Gewerkschaft. Noch zwei Tage nach dem Beben war im Gewerkschaftshaus, einem großen, modernen Betonbau, nur ein einziger Angestellter da (Ausnahmen bestätigen die Regel). Und wenn die Gewerkschaft dicht war, dann auch die Stadtverwaltung.

Die städtischen Angestellten waren in alle Winde zerstreut, das Koordinationszentrum für die Erdbebenopfer war zwar offen, aber in den ersten 24 Stunden mangels Personal so gut wie geschlossen, Neapels linke Stadtregierung hilflos und wie aufgelöst. Der gute Valenzi, KP-Bürgermeister, flehte im Fernsehen weinend seine Mitbürger an, zur Arbeit zu gehen. Ja, fragten sich die Leute, ist Neapel nicht Opfer des Erbebens geworden?

Weniger für die Neapolitaner selbst, auch wenn ihr Verhalten für die Zukunft der Stadt nichts Gutes verheißt, als vielmehr ein Drama für die wirklich vom Erdbeben Getroffenen. Eine Woche lang konnte man auf einer völlig freien Autobahn in einer Stunde von Neapel aus mitten ins Erdbebengebiet gelangen. Aber niemand hat sich von Neapel aus auf den Weg gemacht. Die „Hauptstadt des Südens", die Koordinationsstelle für alle Hilfsleistungen, war in dem beschriebenen Zustand: geschlossen, alles dicht. Ein Zustand, der auch für die Soldaten gilt, für die Polizei und die Verwaltung. Von der totalen Unfähigkeit des Staates wird geredet, zu Recht geredet. Aber man sollte sich auch fragen, was das für eine Reaktion in der Bevölkerung Neapels war, was das für politische Auswirkungen hat, auch auf die KPI (die jetzt ihren historischen Kompromiß aufgegeben hat und zur Christdemokratie in Opposition gegangen ist).

Zweifellos hat die Politik der Hilfsleistungen, die das politische Leben in Italien bestimmt, insbesondere in Süditalien und da in Neapel, seine Auswirkungen in einer Art „Korruption" von sozialen Verhaltensweisen. Diese Hilfsleistungen sind die Basis für die Klientel des christdemokratischen Regimes, für die Vetternwirtschaft. In den letzten fünf Jahren, seit es in Neapel eine linke Stadtregierung gibt, hat das System von Hilfsleistungen eher noch „freigiebiger" funktioniert — vielleicht auch etwas schlechter als freigiebig.
Es wurden die aktuellen Bewegungen unterstützt, und das war unvermeidlich, aber jedem wurde so ein kleines Stückchen gegeben, jeder hat ein „kleines Privileg" bekommen. Die Jugendlichen: tausende von ihnen sind in besonderen Arbeitslosenlisten eingeschrieben; die Arbeitslosen: sie haben sich seit 7 Jahren in Arbeitslosenkomitees organisiert und haben mit ihrer Bewegung das politische Klima in der Stadt verändert; die ehemaligen Arbeitslosen: sie sind jetzt Krankenpfleger oder in Berufsausbildungskursen organisiert.
Jeder hat ein Stückchen bekommen bzw. wurde damit abgespeist, die Arbeitslosenbewegung hat sich so in tausend Grüppchen aufgespalten, und bei all dem hat sich eine Mentalität gebildet: organisiert euch und ihr werdet etwas bekommen, nicht generell, aber vielleicht gerade eure Gruppe, ihr individuell als Personen. Die Kraft der sozialen Bewegung (der Arbeitslosen, Wohnungssuchenden, Jugendlichen) ging so verloren, geblieben sind die einzelnen, die vom Staat diese oder jene Sonderleistung abstauben.

Wichtig dabei ist es vor allem, daß die eigene soziale Bedürftigkeit bei den Behörden anerkannt wird, aber das ist seit dem Erdbeben kein Problem mehr. Es gab in den letzten Tagen schon Fälle von besetzten Schulräumen (insgesamt sind zur Zeit in Neapel über 100 Schulen besetzt), die „verkauft" wurden: die Käufer können fest mit einer künftigen staatlichen Unterstützung rechnen. Also Besetzen, um dadurch mit künftigen Hilfsleistungen zu spekulieren. Gerade wenn es keine Hoffnung gibt — und in Neapel ist die Situation festgefahren — machen sich solche individuellen Verhaltensweisen breit.
Die verschiedenen Teilstücke dessen, was früher einmal eine gemeinsame Basis-Bewegung in Neapel dargestellt hat, sind jetzt, wo eine große, gemeinsame Perspektive an Kraft verloren hat, zu korporativen Oasen geworden, deren jede für sich auf kleine, miserable Privilegien aus ist. Wer in solche einer staatlich unterstützten Gruppe (z.B. als Krankenpfleger) drin ist, erfährt das als Privileg („ja, ich bekomme da was, durch Zufall habe ich mich in diese Liste eingeschrieben"). Wer draußen ist, versucht reinzukommen, wartet auf eine günstige Gelegenheit, und für viele war das Erdbeben eine solche Gelegenheit, sich von staatlichen Geldern etwas abzustauben. Früher lebten die Neapolitaner davon, daß Brosamen vom Tisch des Königs herunterfielen, aber heute ist das alles anders, da hat Neapel eine linke Stadtregierung.

Ein jeder schaut, wo er bleibt: die Stadtregierung gibt, um keine Stimmen zu verlieren, mal in dieser Gruppe was, mal in jener; die Krankenhäuser rücken keine Decken für die Erdbebenopfer heraus, weil die Unterschrift des Chefs der Lagerverwaltung fehlt, und der ist abgehauen usw.; jeder versucht sich irgendwie zu arrangieren: Die Neapolitaner sind schließlich für ihre Schläue berühmt. Eigenschaften, die einmal Ausdruck eines harten Überlebenskampfes waren, sind zu Fähigkeiten und Tugenden geworden. Da fehlen gerade noch die neapolitanischen Mütter (la mamma!), die ihre Ehemänner inständig anflehen, doch bei der Familie zu bleiben und nicht zur Arbeit zu gehen oder, wenn irgendmöglich, von Neapel wegzugehen. Oder die wenigen, die gearbeitet haben: jene Bäcker, die einen Laib Brot für 10 DM verkauft haben. Auch sie wußten sich zu arrangieren.

Was übrig bleibt, ist die Fürsorglichkeit von einzelnen, wenigstens in diesen ersten Tagen nach dem Erdbeben. Zeit für einzelne, die sich aufopfern, Zeit für Helden.

Nach "Lotta continua" vom 2. Dezember 1980



Niederlande

BERUFSVERBOT — DIESMAL DIE ANTHROPOSOPHEN

Ein Brief

Seit etwa 2 Jahren findet der 50jährige Therapeut E.E.P. v. Schulz keine Beschäftigung in unserem Nachbarlande Holland. Der Grund seiner andauernden Arbeitslosigkeit: Der Anthroposoph hatte 1978 in einem Therapiezentrum für Drogenabhängige, einer anthroposophischen Stiftungseinrichtung, konsequent die Interessen der Fixer und Kokser vertreten. V. Schulz war ein „Linker" — er diskutierte, wo die Heimleitung Befehle gab, und er gab Freiheiten, wo die Herren und Damen mit Rausschmiß reagierten. Und ihn zu guter letzt entließen, ihn und noch acht weitere Mitarbeiter der Stiftung ARTA in Driebergen/Nederland. Obwohl Eberhard v. Schulz gegen die ungerechtfertigte Entlassung beim Raad f. Arbeid in Utrecht klagte und ein Jahr später Recht erhielt, wurden alle seine Bewerbungen sowohl in Einrichtungen der anthroposophischen Weise als auch in Kliniken, Therapiezentren der weltlichen Art abschlägig behandelt . . . Unmittelbare Not leidet die Familie keine, zumal v. Schulz Arbeitslosenunterstützung erhält durch den Beschluß des Gerichts. Die Not liegt anderswo. Gewohnt, mit Menschen umzugehen und zu arbeiten, zu helfen und zu erwecken, was brach lag, sitzt er nun daheim herum und fertigt Collagen zum Zeitvertreib. Arbeiten läßt ihn in Holland keiner mehr. „Manchen bin ich zu teuer, einigen zu alt, und der Rest antwortet nicht einmal." E.E.P.v. Schulz würde auch in der BRD arbeiten.

Kontakt: Zeist, Bothalaan 43, Holland, E.E.P.v. Schulz, Tel.: 0031 3404 - 15741.

Der ALTA-STAUDAMM in NORWEGEN darf gebaut werden, hat das zuständige Gericht jetzt entschieden. Die norwegische Regierung will jetzt nicht auf die Entscheidung der Revision warten, sondern sofort anfangen. (vgl. ID 359)

OFFENSIVE DER GUERILLA IN EL SALVADOR

Frankfurt, 10.12.80

Am Wochenende fand in Frankfurt der III. Kongreß der El Salvador Komitees von ganz Europa statt. Neben einem Erfahrungsaustausch über die jeweilige nationale Arbeit wurden Strukturen geschaffen, die in Zukunft eine bessere Zusammenarbeit der Komitees ermöglichen sollen. Als erste gemeinsame Aktion wurde eine Salvador Soliaritätswoche vor Weihnachten beschlossen. Die Komitees sollen ihre Arbeit jeweils gemäß der nationalen Realität selbst bestimmen und nicht einfach (anders als bei der Nicaragua-Solidarität) "Sprachrohr" der FDR (Demokratisch-revolutionäre Front) von El Salvador sein.

Mittlerweile ist die soziale und politische Macht in den Landgebieten rund um die Hauptstadt El Salvador schon lokal in den Händen der Volksorganisationen, die befreite Gebiete geschaffen haben, in die die paramilitärischen und militärischen Organisationen (z.B. "Orden") nicht eindringen können. So sind die Militärs gezwungen, direkt "strategisch" (mit Panzern, Artillerie und Luftwaffe) gegen die Guerilla vorzugehen, die selbst noch mit "taktischen" Mitteln kämpft und bis jetzt das Guerillaheer ("Volksheer") nicht eingesetzt hat.

Wenn die FDR jetzt bekannt gibt, in die "Offensive" zu gehen, heißt das, daß sie künftig nicht nur mit ihren Bauernmilizen, sondern auch mit dem Guerillaheer eingreifen will.

Vom Informationsdienst El Salvador (Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12) stammt der folgende Bericht über die Nordprovinz Morazan, deren befreite Gebiete vom Militär angegriffen wurden (vgl. ID 355):

Morazan

Der Angriff des Militärs auf Morazan, San Vicente und Chalatenango kennzeichnete den entgültigen Übergang zum offenen Krieg. Die Junta setzte ca. 5000 Soldaten ein, ausgerüstet mit schwerstem Gerät, unterstützt von der Luftwaffe. 3000 waren es im Morazan. Sie standen einer Guerilla gegenüber, die zahlenmäßig und nach Waffen völlig unterlegen war. Nicht mehr als 200 einigermaßen Bewaffnete gibt es in Morazan. Dennoch konnte das Militär die Provinz weder besetzen noch säubern. Das lag nicht nur an der Unwegsamkeit des Berglandes. Das liegt vor allem daran, daß alle Bewohner der Provinz sich zur Guerilla zählen, gemeinsam ein Nachrichtensystem aufgebaut haben, gemeinsam die Verminung der wenigen Zufahrtsstrassen mit selbst gebastelten Kontaktminen organisieren. Das Militär kesselte die ganze Provinz ein und nahm sie mit Artillerie und Hubschraubern unter Beschuß. Damit konnte es zwar die Guerilla nicht entscheidend treffen - es wird von 20 Toten berichtet - wohl aber ihre Basis. In der über drei Wochen dauernden Offensive gegen Morazan wurden Dörfer niedergebrannt, verwandelte sich die Bevölkerung einer ganzen Provinz in ein Heer von Flüchtlingen, starben Tausende. Relativ unvermittelt kam dann die Nachricht vom Rückzug des Militärs in die Kasernen.

War Morazan ein Sieg der Guerilla?

Ja - weil sie Dank der Mitwirkung der gesamten Bevölkerung stark genug war, die Besetzung durch das Militär zu verhindern. Weil sie bewiesen hat, daß die von der Junta mit großem Propagandaaufwand angekündigte "Säuberung von Subversiven und Kommunisten" in Salvador nicht möglich ist.
Morazan war auf der anderen Seite kein Sieg. Nicht der militärische und politische Widerstand zwang die Regierung zum Rückzug; das anzunehmen wäre eine fatale und folgenreiche Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse und der politischen Situation.Das Heer war nicht in der Lage, Morazan zu besetzen. Die Guerilla war nicht in der Lage, den Kessel wirksam zu sprengen. Das Militär wäre aber sehr wohl - rein militärisch - in der Lage gewesen, die ganze Provinz dem Erdboden gleichzumachen und die Guerilla mit der Bevölkerung wegzusäubern. Dazu jedoch fehlte das grüne Licht aus Washington, wo man kurz vor der Wahl stand. Nach der Wahl und mit Reagan als US-Präsident könnte durchaus grünes Licht kommen - oder die US-Marines selbst.

Seit der Oktoberoffensive von Morazan ist somit auch klar, wie der Krieg aussehen wird, wenn die USA sich entschliessen, bis zur letzten Konsequenz ihre Bastion El Salvador halten zu wollen: es kann nur ein totaler Vernichtungskrieg sein, mit Flächenbombardements und der bewußten Inkaufnahme von zigtausend Toten. Die Militärführung in San Salvador weiß das und ist dazu bereit.

Nur so sind die Hemmungslosigkeit und der Zynismus zu erklären, mit denen in schöner und offener Eintracht zivile und uniformierte Terrorkommandos verhaften, foltern, liquidieren - und wie zum Hohn noch Bomben in die Kathedrale schmeissen, um die von Folter und MP-Garben entstellten Leichen nochmals zu massakrieren.

Die Junta nimmt aber auch keinerlei Rücksicht mehr auf ihre internationale Reputation; die ist sowieso nicht mehr wichtig, seit klar ist, daß die Unterstützung durch die USA nicht mehr wie zu Carters Zeiten abhängig ist vom Anschein der Rechtmäßigkeit und des Respekts vor Menschenrechten.

Der Mord an Enrique Alvarez Cordova, dem Präsidenten der FDR, und 5 weiteren bekannten Führern der Opposition am 27.11. ist dafür nur eine Illustration. Er wurde begangen von Uniformierten der Armee und Polizei, obwohl klar sein mußte, daß diese Morde im Unterschied zu all den anderen an Unbekannten die Weltöffentlichkeit schockieren und die diplomatische Stellung der Junta schwächen würden.
Bisher hatten die Machthaber in El Salvador Anlaß genug zu der Einschätzung, daß sie sich solche Schläge leisten können: Die Weltöffentlichkeit hat schließlich auch die Ermordung von Erzbischof Romero verdaut, ebenso wie die systematische Liquidierung bekannter und lästiger Kritiker in der Menschenrechtskommission, in der Universität und der Journalisten.

El Salvador — Solidaritätsveranstaltungen

Marburg:

Am Montag, den 15. Dezember, findet in der Marburger Universität, Biegenstr., Hörsaal 114 eine Podiumsdiskussion zur aktuellen Situation in El Salvador statt.

Es diskutieren u.a. Walter Schütz von Medico International und ein FDR-Vertreter (Frente Democratico Revolutionario). Zusätzlich wird der Film: „Freiheit oder Tod" gezeigt. Beginn: 18.30 Uhr.

Kontakt: Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 355 Marburg, Tel.: 06421/ 247 87.

El Salvador-Solidaritätsfest

Marburg: Am Mittwoch, den 17. Dezember, wird eine Fete im ESG-Haus Ortenbergstr. mit der Gruppe Dekadenz und einer Jazzgruppe veranstaltet. Außerdem wird der Film „El Salvador im Schatten der Revolution" gezeigt. Der Eintrittspreis von DM 5,- ist als Spende für die FDR vorgesehen. Beginn: 20.00 Uhr.

Marburg: Eine Fotoausstellung zu El Salvador zeigt das Buchladen-Cafe in Marburg, Am Grün 28, von Samstag, den 13.12., bis Mittwoch, den 17.12.

Berlin/Frankfurt: Spendenaktion Waffen für El Salvador: Das taz-Spendenkonto besteht immer noch: Freunde der alternativen Tageszeitung, Sonderkonto Berlin-West, Kontonr. 288 59 - 107, BLZ 100 100 10.

Oder ID-Spendenkonto: Postscheckamt Frankfurt/Main, PSchKNr. 447 47 - 608, Sonderkonto, Stichwort: El Salvador.

Schinke: „Zuerst hab' ich gedacht: gegen einen Misthaufen kann man ja nicht anstinken" oder you can't fight City-Hall (Max Watts)

LAUBACH/ COCHEM/ KOBLENZ 10. Dezember

Wie der ID am 26. September und am 31. Oktober 1980 (siehe ID 351, 356) berichtete, gibt es bei Laubach, einem kleinen Dorf im Kreis Cochem, Mittelmosel, einen Bauern, oder genauer, einen ehemaligen Bauern und jetzigen LKW-Fahrer namens Hans Schinke, der sich seit Jahren gegen die dortige Obrigkeit – er sagt: den CDU-Mafia-Filz – zur Wehr setzt. Er tut das mit sehr viel Mut und Energie, aber bis vor kurzem ohne viel Erfolg.

KLEINE SELBSTKRITIK

Ich habe Hans Schinke kennen- und schätzengelernt im Spät-September. Ich habe ihn auf seinem „Landsitz" besucht und bin mit ihm und seiner jüngeren Tochter Tina und seinem Hund Astor in einem Kratersee neben seiner „Baracke" schwimmen gegangen. Ich war dabei, wie er sich wehrte, sein „Infoblatt" in Cochem verteilte und wie man versuchte, ihn kaputtzumachen, sein Land in seiner Abwesenheit zwangsversteigerte, ihn selbst vor Gericht gefesselt vorführte und wegen einer „Beleidigung" zu 20 plus 7 Tagen Haft verknackte. Ich versuchte dies in dem ersten ID-Bericht (351) „Wer sich wehrt – lebt verkehrt?" darzustellen.

Viele Leute, auch beim ID, haben mir gesagt, daß sie nicht verstanden haben, warum man den Schinke so verfolgt; daß ich da schlecht berichtet habe, der „Kern des Pudels" fehlt. Seitdem habe ich sowohl Hans Schinke als auch die mittelmoselige Obrigkeit besser kennengelernt – ich selbst verstehe sehr gut, warum dieser 49-jährige Mann den Bürgermeistern, Polizisten, Rechtsanwälten, Konkursverwaltern und sicher last not least Richtern so auf die Nerven geht, daß sie sich kaum mehr genieren, ihm mit allen verfügbaren Mitteln auf die Schnauze zu klopfen. Aber ich habe noch immer Schwierigkeiten, denen, die nicht „dort" dabei waren, dies deutlich zu vermitteln. Versuchen wir es.

Polizeipräsidium Koblenz
K/7

Tgb.-Nr. ____________

5400 Koblenz, den 4. Febr. 1980
z. Zt. Laubach

Durchsuchungsprotokoll

Heute habe ich ~~xxxxxxx~~ – auf Anordnung des AG Koblenz vom 14. Januar 1980, Az. 30 Gs II 101/80,

als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft in der Ermittlungssache der Staatsanwaltschaft Koblenz, Az. 105 Js (Wi) 20.601/78

zum Nachteil der Krankenkasse der Rheinischen Landwirtschaft

wegen Verdacht von KO-Vergehen

um 12.00 – [illegible] Uhr, eine Durchsuchung der Räumlichkeiten des Hans und Elisabath Schinke

in 5443 Laubach/Cochem Straße In der Wolfskaul

gem § 102–110 StPO., vorgenommen.

Bei der Durchsuchung waren anwesend:

1. Schmitz, KOK, KP Koblenz, — RA Hofmann, Cochem
2. Zwicker, KHM, KP Koblenz, — Bürgermeister Thönnes, Laubach
3. Korbion, KHM, KPI Cochem
4. Herr Bleck, Cochem

Auf die Hinzuziehung weiterer Zeugen wurde von dem Betroffenen ausdrücklich verzichtet.

Durchsucht wurden folgende Räume:
Das gesamte Anwesen

einschl. ______ Keller, ______ Bodenräume, ______ Schuppen.

Vorgenannte Räume wurden vom Inhaber – nicht – freiwillig für die Durchsuchung zur Verfügung gestellt.

Zwicker, KHM
(Name und Dienstbez.)

Schmitz, KOK
(Name und Dienstbez.)

RÜCKBLICK

Hans Schinke und seine Frau Elisabeth wollten „siedeln", einen Bauernhof errichten. Nur, Hans Schinke hatte vorher schon studiert, ist Landwirtschaftsrat, später auch Studienrat geworden. Er war Lehrer im Gymnasium Mayen, Cochem.
Daß so ein „Herr" Bauer werden will, ist in diesem verhältnismäßig armen Landwirtschaftsgebiet unverständlich. Wie man dauernd sagte: „nicht normal". Die Schinkes sind ja auch nicht „normal": Als man ihnen von verschiedener Seite klar machte, daß es sich für die Frau eines „Beamten" nicht ziemt, einen Schweinehof zu betreibe, habe er nicht hingehört. Sie sind ihre eigenen Wege gegangen und als man Hans Schinke mehr und mehr Steine vor die Füße gelegt hatte, versuchte er, sie zu umgehen oder wegzuräumen.
Als er in Kaiseresch keine Baugenehmigung bekam, klagte er vor Gericht. Als er vor Gericht gewann und anfing zu bauen, wurde das Land zum Wasserschutzgebiet erklärt. Daraufhin versuchte er es noch einmal einige Kilometer weiter, in Laubach. Auch dort erschwerte man ihnen Baugenehmigungen und Landkaufmöglichkeiten und verweigerte Zuschüsse und Ausgleiche, die „normale" Landwirte bekamen. Schließlich – 1977 – ging es wirklich nicht mehr; die Schinkes mußten den landwirtschaftlichen Betrieb einstellen. Auch wurde es für Schinke nicht mehr möglich, in der Schule weiterzuarbeiten. Nachdem man ihn im Gymnasium verhaftet hatte, versuchte er zu kündigen. Fast gegen seinen Willen wurde er zwangspensioniert. Aber die Konflikte mit der lokalen Obrigkeit hörten nicht auf. Noch heute steht Schinke angeklagt vor Gericht, zum Teil wegen Verfahren, die man gegen ihn vor vielen Jahren angezettelt hat.

DER TEUERSTE HEUSCHOBER

Vor vielen Jahren hatten die Schinkes einen Heuschober in Laubach. Eines abends fuhr Hans Schinke dort vorbei und sah, wie einige Jungens den Schober kaputtmachten. Er bat die Eltern, ihn zu reparieren. Diese weigerten sich, Schinke verklagte sie. In der ersten Instanz gewann er teilweise. In der zweiten Instanz wies ein Koblenzer Gericht seine Klage zurück. In diesem Gericht gab es einen Vorsitzenden Richter namens Mokkenhaupt.
In Kaiseresch gab es auch einen Polizeichef und CDU-Führer namens Mockenhaupt. Die Heuschoberangeklagten Eltern, die auch aktive CDU'ler waren, hatten sich – das wußte Schinke – noch vor dem Prozeß an den Polizeichef Mockenhaupt um Unterstützung gewandt. Schinke wollte gerne wissen, ob nicht die Mockenhäupte verwandt oder verschwägert seien. Er wandte sich an das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz und bat um Auskunft.
OLG-Präsident Dr. Anheier ließ schroff und ablehnend antworten. Schinke, aufgebracht, schrieb schnell zurück – beleidigend. (Zitate im ID 351). Bis jetzt könnte man das als lustige Dorfchronik bezeichnen (die Franzosen würden sagen: „clochemerle"). Aber es wurde Ernst. Der Präsident des Koblenzer OLG, Dr. Anheier klagte Schinke an. Der wird erst 14 Tage in der Landesnervenklinik Andernach zwangspsychiatrisiert und dann bekommt er in erster Instanz vom Amtsgericht Koblenz **3 Monate ohne Bewährung.** Ein sehr teurer Heuschober. Gegen diese Strafe steht er heute in Berufung vor dem Landgericht – Koblenz natürlich.

DER DURCHSUCHUNGS-EINBRUCH

Wie schon erwähnt, gingen die Schinkes 1977 Pleite. Ein Konkursverfahren läuft gegen Frau Schinke. (Herr und Frau Schinke sind seit 1975 geschieden, aber noch immer befreundet). Im Februar '80 kommt Frau Schinke nach Hause, findet das Holzhäuschen aufgebrochen, durchwühlt und den Hund Astor betäubt, viele Papiere fehlen.
Herr Schinke recherchiert. Ein Cochemer Rechtsanwalt Herbert M. Hoffmann wäre da beteiligt gewesen. Schinke schreibt Zettel, auf denen er Hoffmann des „Einbruchs" beschuldigt. Er hängt vier bis fünf Stück in der Kreisstadt auf. Hoffmann fühlt sich beleidigt und klagt Schinke an. Was wir noch erwähnen müssen: Rechtsanwalt Hoffmann ist, oder genauer gesagt, war Konkursverwalter im Verfahren gegen Frau Schinke.

EINE ZWEITE BELEIDIGUNG

In einem sehr bewegten Verfahren wird am 22. September '80 Schinke wegen Beleidigung zu 20 plus 7 Tagen Haft vom Amtsgericht Cochem verurteilt (die sieben Tage waren das Höchstmaß einer Ordnungsstrafe, die er bekommen hatte, weil er das Verfahren störte. Er mußte sie sofort absitzen.). Das Verfahren habe ich im Detail im ID 351 beschrieben. Ein paar Merkwürdigkeiten würde ich doch noch einmal wiederholen:
1. Anklagevertreter Peters hat noch eine halbe Stunde vor dem Strafverfahren als Vorsitzender eine Zwangsversteigerung gegen die Schinkesche Habe geleitet.
2. Richter Galke hat den störenden Schinke von der Verhandlung im Strafverfahren ausgeschlossen. Einen Verteidiger hatte Schinke nicht. Im Protokoll steht: „Die Anschrift seines Verteidigers nenne ich dem Gericht nicht." Interessanterweise steht auf der Vorderseite desselben Blatts (ein Befangenheitsantrag gegen Richter Galke) handschriftlich: „Ich bitte sofort meinen Anwalt, Herrn Rechtsanwalt Weidenhammer, in Frankfurt, Meisengasse 11 zu benachrichtigen. H. Schinke."
Beide Blätter dieses Protokolls hat Richter Galke unterschrieben. Jedenfalls hätte es wenig genutzt, wenn Richter Galke Rechtsanwalt Weidenhammer benachrichtigt hätte. Schließlich hat er das Beleidigungsverfahren für 15.30 Uhr angesetzt. Und das hat er um 14.50 Uhr getan. Es wäre ja sowieso für den schnellsten Rechtsanwalt schwierig, von Frankfurt nach Cochem – 150 km – in 40 Minuten zu fahren. Brauchte Schinke absolut einen Rechtsanwalt für ein Amtsgerichtsverfahren? Anscheinend ja. Richter Galke hat ja in der Verhandlung das Gutachten des Landesnervenklinikarztes Angelmann verlesen – mit so einem Gutachten kann man auch für längere Zeit in die Klapsmühle gebracht werden, d.h. in so einem Verfahren ist ein Verteidiger notwenig.

3. Rechtsanwalt Hoffmann erklärt im Zeugenstand:
"In der Baracke von Herrn Schinke war ich nicht drin".
Diese Aussage wird auch in der Urteilsbegründung von Richter Galke wiederholt: " ... war er (Hoffmann, d.Red.) bei der Durchsuchung überhaupt nicht zugegen". Niemanden hat es gestört, daß im Durchsuchungsprotokoll ein Rechtsanwalt Hofmann aus Cochem als anwesend aufgeführt wurde.

DIE BERUFUNGEN

Seit 29. Oktober steht Hans Schinke bis heute sieben mal vor dem Landgericht Koblenz. Berufungsverfahren, zuerst nur wegen Beleidigung des OLG-Präsidenten Dr. Anheier. Aber der bis jetzt einzige Zeuge, Landesnervenklinikarzt Angelmann, hat durch eine vielleicht unvorsichtige Formulierung die Berufung erweitert.

Vor drei Jahren hatte Dr. Angelmann Schinke untersucht und begutachtet: § 21 trifft zu, aber § 20 nicht. (Für einen Laien bedeutet dies, Schinke sei ein bißchen verrückt, aber nicht ganz). Jetzt erweitert Dr. Angelmann sein Gutachten auf § 20 d.h. Schinke könnte auch als ganz "verrückt" betrachtet werden. Nur – befragt, sagte Dr. Angelmann, daß er Schinke in den letzten drei Jahren überhaupt nicht gesehen hatte. Von der Verteidigung weiter befragt, wieso er sein Gutachten dann so zum Nachteil des Herrn Schinke erweitert, antwortete er etwas naiv: "Ich habe gehört, Herr Schinke sei in einem Verfahren in Cochem sehr aggressiv gewesen". Danach konnte das Gericht kaum verhindern, daß auch das Cochemer Verfahren beigezogen werden mußte.

Der/Die Beschuldigte wurde darauf hingewiesen, daß er/sie selbst einen Angehörigen oder eine Person seines/ihres Vertrauens von der Verhaftung benachrichtigen könne.

Der/Die Beschuldigte wurde sodann auf die ihn/sie belastenden Umstände und sein/ihr Recht hingewiesen, sich zur Beschuldigung zu äußern, die Verdachts- und Haftgründe zu entkräften und die Tatsachen geltend zu machen, die zu seinen/ihren Gunsten sprechen oder nicht zur Sache auszusagen.

Weiter wurde er/sie darauf hingewiesen, daß es ihm/ihr nach dem Gesetz frei stehe, jederzeit, auch schon vor der Vernehmung, einen von ihm/ihr zu wählenden Verteidiger zu befragen. Außerdem wurde ihm/ihr mitgeteilt, daß er/sie sich auch schriftlich äußern könne.

Sodann erklärte der/die Beschuldigte zur Sache:

Ich will mich – nicht – schriftlich – zu der Beschuldigung äußern.

Ich lehne den Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab und begründe meinen Antrag wie folgt:

In der Tätigkeit des Richters Galke sowie gegen meine geschiedene Ehefrau als auch gegen mich kann ich nur Tätigkeiten entnehmen, die ausschließlich rechtswidriger Handlung darstellen und auf unseren Nachteil ausgerichtet sind. Ich verwiese in diesem Verfahren darauf, daß der Richter Galke das Verfahren eröffnet hat ohne einen Beweis dafür entgegenzunehmen, daß überhaupt eine strafbare Handlung vorliegt. i.E. der Nachweis, daß eine wissentlich falsche Verbreitung von Tatsachen vorliegt. Auch auf meine Anfrage an den Richter, mir Grundlagen hierüber zu eröffnen, hat er mir nicht geantwortet. In dem Verfahren 1 K 25/79 hat der Richter Entscheidungen gefällt, insbesondere in den Rechtsmittelverfahren gegen Kremer und Peters, die nachweislich den Tatsachen widersprechen, die sich aus den Unterlagen aus diesem Verfahren ergeben, insbesondere dem Protokoll und der Tatsache, daß der Rechtspfleger Peters ohne eine richterliche Entscheidung die vollstreckbare Ausfertigung der Grundschuldurkunde über 200.000,-- DM einfach zurückgewiesen hat. Die Akten aus diesem Verfahren mache ich zum Gegenstand meines Antrages.

Ich habe das Schreiben Bl. 2 der Akte geschrieben und angeheftet. Ich bin nicht bereit, weitere Erklärungen abzugeben. Ich unterschreibe nur meinen Antrag.

Der Angeklagte antwortet nicht auf die Frage, ob er an dem Strafverfahren teilnehmen wolle.

freiwillig

Der Angeklagte bittet seinen Verteidiger, Rechtsanwalt ....
Die Anschrift seines Verteidigers nenne ich dem Gericht nicht.

b. u. v.

Der Haftbefehl wird aufrecht erhalten.

Termin zur Hauptverhandlung wird bestimmt auf

Montag, den 22. Sept. 1980, 15.30 Uhr.

DER SPIESS WIRD UMGEDREHT

Bis dahin lief die erste Berufung gegen das dreimonatige Urteil wegen Beleidigung des OLG-Präsidenten Anheier im wesentlichen über die Frage, ob und wie verrückt Schinke sei. Plötzlich aber kamen ganz andere Fragen heraus. Hat Schinke nicht recht, wenn er von einem CDU-Mafia-Filz, der gegen ihn dirigiert sei, redet und schreibt? Hat Rechtsanwalt Hoffmann vor dem Cochemer Gericht falsch ausgesagt? Hat Richter Galke ein bißchen oder sogar mehr Recht gebeugt, als er den Cochemer Prozeß so merkwürdig durchgezogen hat? Ein Haufen kleiner aber ganz würziger Details kommen auch jetzt heraus:

Z.B. hat der Cochemer Amtsarzt Koiky Schinke, wenn auch mit beleidigenden Bemerkungen, verhandlungsfähig erklärt, nachdem er Schinke eine Nacht im Cochemer Kitchen eingeknastet hat. Schinke wurde nachmittags von der Cochemer Polizei zwecks ärztlicher Zwangsvorführung festgenommen. — Dr. Koiky hatte aber bis zum nächsten Morgen keine Zeit — die Nacht mußte Schinke im Gefängnis absitzen. Zufälligerweise hat Koiky eine Tochter. Und die hat geheiratet. Einen Rechtsanwalt Hoffmann. Warum auch nicht?

Herr Schinke beklagt sich, Einträge im Grundbuchamt Cochem wären zu seinem Nachteil verfälscht. Das Grundbuchamt, soweit wir wissen, ist nicht von einem Hoffmann geführt. Das Katasteramt aber hatte bis vor kurzem einen Vorsitzenden, der hieß Hoffmann. Zufälligerweise hat dieser einen Sohn, ein Jungen-Union-Führer (CDU-Jugendorganisation, d.Red.), Rechtsanwalt Hoffmann, der bis vor kurzem Konkursverwalter in Sachen Schinke war. Das gibt natürlich nicht Herrn Schinke das Recht, von CDU-Mafia-Filz zu reden, weil das beleidigend wäre. Dem Landgericht wird die Sache mehr und mehr peinlich. Als die Verteidigung von Herrn Schinke, der Frankfurter Rechtsanwalt Weidenhammer und der Koblenzer Rechtsanwalt Steinweg, die Wahrheitsbeweise vorlegen wollen, blockiert der Vorsitzende Richter Blum alles ab.

Nein, Herr Rechtsanwalt Hoffmann wird nicht geladen. Auch nicht die Polizisten, die ihn als "anwesend" im Durchsuchungsprotokoll aufführten. Nein, Mehrzweckbeamter Peter, Vorsitzender in Zwangsenteignungen und Amateurstaatsanwalt in Beleidigungsverfahren, wird nicht gefragt, ob es stimmt, daß er die Akte gegen Schinke überhaupt nicht eingesehen habe (wie er dem ID antwortete, als wir ihn fragten, wieso das Durchsuchungsprotokoll in solch einem Widerspruch zur Aussage seines Freundes Rechtsanwalt Hoffmann sei.) Nein, OLG-Präsident Dr. Anheier wird nicht geladen, um die Frage zu klären, ob er überhaupt wußte, warum Schinke ihn anschrieb; "die Gerichte seien nicht objektiv arbeitenden Gerichtsinstanzen entsprechend dem Grundgesetz, sondern durch die CDU beherrschte Parteiinstanzen, die bereit seien, das Recht beliebig zugunsten der Partei zu beugen". (siehe ID 351). Und ganz besonders Cochemer Richter Galke wird nicht geladen, um die Frage zu klären, wieso Schinke in seinem ersten Verfahren keinen Rechtsbeistand hatte. All diese Fragen, so Landgerichtsrichter Blum, sind **"ohne Bedeutung"**.

Wahrhaftig eine etwas deprimierende Vorstellung eines bundesdeutschen Gerichtes.

RETTET DER STAATSANWALT DIE EHRE?

Doch heute (10. Dezember) wieder eine Überraschung: Als Schinke noch einmal dem Gericht vorwarf, kein Interesse an der Wahrheitsfindung zu zeigen, unterbrach ihn der Staatsanwalt Gehrke plötzlich: "Das stimmt nicht. Ein Verfahren gegen Richter Galke wegen Rechtsbeugung ist bereits notiert. Auch ein Verfahren gegen Rechsanwalt Hoffmann wegen Falschaussage vor Gericht wird eingeleitet. Wir werden ihren Vorwürfen nachgehen".

Nur Staatsanwalt Gehrke will dies erst tun, nachdem das Verfahren gegen Schinke beendet ist. Dies scheint sowohl Schinke als auch seinen Rechtsanwälten nicht ganz logisch. Sie beantragen die Aussetzung des Verfahrens gegen Schinke, bis die Vorwürfe — Rechtsbeugung gegen den Richter und Falschaussage gegen den Rechtsanwalt — geklärt seien.

Hans Schinke steht nicht mehr ganz allein. Außer ID, taz, und Koblenzer Blatt (KOB) hat auch ein Teil der Cochemer SPD sich in den Fall vertieft. Na, wie Sozialdemokraten sich so vertiefen, vorsichtig. Eine Dokumentation zum Fall Schinke wurde geplant, wird aber zur Zeit noch zurückgehalten. Sie wird jedenfalls als Sonderauflage in der alternativen KOB erscheinen.

Die Broschüre ist für o,5o DM plus Porto zu haben bei:

(Kontakt: Koblenzer Blatt, Hohenzollernstr. 96, 5400 Koblenz) Tel.: 0261 - 38410

Rechtsanwalt Hoffmann, der bisherige Konkursverwalter gegen Schinke, wurde am 21. November "aus seinem Amt entlassen, da er aus persönlichen Gründen zur Fortführung des Amtes nicht mehr in der Lage ist".

Schinke fängt an zu glauben, daß man doch den Misthaufen vielleicht erfolgreich anstinken könne, doch City-Hall fighten kann.

Den Chef des lokalen (Cochemer) Monopolkäseblatts "Rheinzeitung", Gatow, habe ich gefragt, was er über den Fall Schinke gebracht hat: "Über diesen Fall ist bei uns nichts erschienen und es wird auch nichts erscheinen. Schinke ist für uns keine Thema".

Vielleicht werden wir ihn bald fragen müssen, ob auch Richter Galke und Rechtsanwalt Hoffmann für ihn keine Themen seien.
(Fortsetzung folgt)

Max Watts/ID

Nächste Verhandlung: 18.12.80 um 10.00 Uhr, Landgericht Koblenz, Saal 124, Karmeliter Str. 14, 5400 Koblenz.

Kontakt: RA Weidenhammer, Ffm, Tel.: 0611-287759

AUFRUF ZUR INTERNATIONALEN AKTIONSWOCHE „FRAUEN GEGEN KRIEG UND MILITARISMUS"

1.–8. März 1981

Auf einer internationalen Frauenkonferenz der War Resisters International im Sommer 1980 mit Teilnehmerinnen aus 13 Ländern wurde für März 1981 eine Internationale Aktionswoche beschlossen. Neben unserer Arbeit in den eigenen Ländern wollen wir hier auch auf internationale Ebene zeigen, daß unser Bewußtsein und damit unser Widerstand und unsere Ablehnung gegen die internationale Mächtepolitik und Militarisierung (NATO, Warschauer Pakt etc.) zunehmend wächst.
Unser Grundziel ist die Beseitigung des Militarismus, da er die vernichtendste Form von Gewalt ist.

- Verschiedene Aspekte des Militarismus sollen hervorgehoben werden, um begonnene Diskussionen zu verstärken. Besonders wichtig wäre es, die Verbindung von Patriarchat, Hierarchie und Militarisierung und deren Auswirkungen auf Frauen herzustellen.
- Zur Zeit leben wir hier nicht im Krieg, doch auch bei uns wächst von Tag zu Tag die Kriegsgefahr und die Bedrohung einer totalen Vernichtung durch atomare und chemische Waffen.
- In allen Teilen der Welt leiden Frauen zum gegenwärtigen Zeitpunkt unter Kriegen. Diesen Frauen möchten wir unsere Solidarität und Betroffenheit zeigen, um so mehr, da die Austragung politischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen unserer Länder zu vielen dieser Kriege beiträgt.

Dieser Aufruf richtet sich an alle Frauen, die sich gegen die immer stärker hervortretende Militarisierung wehren wollen: Einbeziehung von Frauen im Militär und in der zivilen Verteidigung, Dienstpflicht im Rahmen der Notstandsgesetze, atomare Aufrüstungsbeschlüsse, Stationierung von Mittelstreckenraketen, Kalter Krieg, Blockpolitik, Waffenproduktion und -handel, Verherrlichung von Militär und Gewalt.

Wir rufen alle Frauen auf, sich an dieser Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus", die mit dem Internationalen Frauentag am 8. März endet, zu beteiligen.

Hier sind einige Inhalts- und Themenvorschläge für Aktionen, Veranstaltungen etc.:
- Beendigung der Verherrlichung von Militär und Gewalt
- Erkennen, wie und wo das Bildungssystem Gewalt beinhaltet und fördert
- Kriegsspielzeug
- Diskussion über die Erziehung von Kindern mit und zu einem nichtsexistischen gewaltfreien Weg
- Aufklärung über den Zusammenhang von ‚Mann-Sein' (Männertum) und Gewalt
- Frauen sollten auf keine Art und Weise dazu beitragen, Soldaten aus ihren Kindern werden zu lassen
- Ermutigung aller Frauen zu einer Nichtbeteiligung an und in militärischen Strukturen und zur Unterstützung der Totalverweigerung
- Diskussion und Klarstellung der Folgen und Auswirkung von Krieg auf Frauen
- Kriegsursachen
- Verteidigung und zivile Verteidigung / Notstandsgesetze
- Die Prioritäten der Regierungen müssen geändert werden: soziale und lebenserhaltende Bedürfnisse sollten höchsten Wichtigkeitsgrad erhalten
- Erkennen, daß die meisten politischen Entscheidungen nach wie vor von wenigen für viele gemacht werden
- Beendigung des Wettrüstens



Bundeswehr-Offizier nach Dienstschluß:

- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen
- Beendigung des Waffenhandels – Enthüllung als das, was es ist
- Diskussion über Umwandlung der Rüstungsindustrie
- Diskussion der Blockpolitik: NATO Warschauer Pakt, EG etc.
- Unser Verhältnis zur Dritten Welt / politische Konsequenzen
- Rohstoffpolitik
- Atombewaffnung / chemische Waffen
- Atomtechnologie-Export / Zwischenlager / AKWs

Dies ist nur eine Vorschlagsliste. Wir hoffen, ihr könnt euch und eure Interessen darin wiederfinden. Eine Woche voll Aktivitäten, Veranstaltungen und Aktionen kann viele dieser Themen abdecken, überregional gesehen. Für einzelne oder Gruppen gibt es bestimmt schon einen Schwerpunkt, ob von der Liste oder nicht, den ihr in die Aktion hineintragen, in die Öffentlichkeit bringen wollt – andere werden noch wählen wollen.
Wenn ihr mehr Informationen braucht, Fragen habt, zu planen und umzusetzen beginnt, so schreibt uns doch bitte (mit Antwortbriefmarke). Um euch einen Überblick über die Aktivitäten, wer an welchem Thema arbeitet, wer welche Aktionen plant, Kontakte etc. von uns allen geben zu können, brauchen wir zuerst die Information durch euch."

Kontaktpersonen für internationale Information und Koordination:

Ricarda Anette Steinbrecher, Eckernförderstr. 456 „Hinterhaus", 2300 Kiel
Bernadette Ridard, Methfesselstr. 69, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040 / 492029

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

D 1870 C

Informationsdienst
Postfach 900 343

6000 Frankfurt 90

ID Nr. 362

Nr. d. Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.